

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2.60 M.
(davon 95 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Beitrag 4.32 M. einschließlich 50 Pf.
Postgebühren und 72 Pf. Postwert-
marken. Auslandsendungen 6.— M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Posttarif 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Samstags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage
„Volk und Welt“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Freitag
16. Oktober 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kampfbroschüre 80 Pf.
Reklamzettel 5.— M., „Kleine An-
zeigen“ das letzte Heft 25 Pf.,
jeweils zwei letzte Heft 20 Pf.,
weiteres Heft 12 Pf., Kabutt & Löffel,
Stellengesuche das erste Heft 15 Pf.,
jedes weitere Heft 10 Pf.,
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf., Familien-
anzeigen Seite 40 Pf.,
Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochent-
täglich von 9 bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Abkündigung nicht genehmigter Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 289-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

Die Sozialdemokratie fordert!

Aufhäusers Rede für das Recht der Arbeitenden.

In diesen zwei Tagen Reichstagsdebatte hat die So-
zialdemokratie von allen Parteien weitaus am besten
abgeschnitten. Die geistige Führung ist wie am ersten Tage
so auch am zweiten ihr zugefallen.

Aufhäusers Rede steht als rhetorische Leistung wür-
dig neben jener Breitscheids. In sachlicher Beziehung
hat sie Breitscheids Rede höchst wirksam ergänzt.

Mit Aufhäuser hatte die sozialdemokratische Reichstags-
fraktion nicht bloß den Positiver, sondern auch den Ge-
werkschaftsführer herausgestellt. Durch seinen Mund
haben gestern die Millionen freigewerkschaftlich organisierter
Arbeiter zum deutschen Volk gesprochen. Und bestimmt wird
viele, was er gestern sagte, wahrscheinlich das meiste, von
allen gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern Deutsch-
lands gebilligt und unterstützt.

Vorgestern hat der deutschnationale Herr Oberföhrer
eine Regierung gefordert, die ohne und gegen die Sozial-
demokratie regiert. Gestern ist klar geworden, daß die von
Herrn Oberföhrer und den anderen Harzburgern gewünschte
Regierung eine Regierung nicht bloß gegen die Sozialdemo-
kratie, sondern auch gegen die Gewerkschaften sein würde.

Zu dem wichtigsten Gewinn dieser Tage gehört die Klar-
stellung, daß es zwischen dem Faschismus und den Ge-
werkschaften, gleichviel welcher Richtung,
kein anderes Verhältnis geben kann als den Kampf auf
Leben und Tod.

Doch ist an Aufhäusers Rede nicht bloß diese Klarstellung
verdienstvoll. Verdienstvoll ist vor allem die Ent-
scheidung der positiven Zielsetzung.

Die Halbkreuzler haben in ihrer langen und ge-
wundenen Erklärung mit keinem Wort gesagt, was sie eigent-
lich wollen.

Die Deutschnationalen haben die „Regierung
gegen die Sozialdemokratie“ verlangt, aber wie sie regieren
soll, haben sie auch nicht gesagt.

Die Volkspartei hat gestern durch Herrn Dingel-
den ihr positives Programm verkündet, es heißt —
weitere Lohnsenkung!

Das Zentrum will dem Drängen von rechts nicht
weiter entgegenkommen, als unbedingt notwendig ist, und
vertraut im übrigen auf Brüning.

Die Kommunisten auf der anderen Seite haben ein
paar Dutzend Anträge fabriziert, von denen einer den anderen
tatsächlich, Anträge, die mit dem vollen Bewußtsein, daß sie
undurchführbar sind, eingebracht werden.

Die Sozialdemokraten — das haben die
beiden Verhandlungstage gezeigt — sind
die einzigen im Reichstag, die wissen, was
sie wollen!

Die Sozialdemokraten verteidigen nicht nur die sozialen
Rechte der Arbeiter. Sie fordern die große Winter-
hilfe, die Mobilisierung der Kohlen- und Kartoffelvorräte
für die Notleidenden.

Die Sozialdemokraten wollen nicht nur Hilfe für den
Augenblick. Sie erheben Forderungen von prinzipieller Trag-
weite, Forderungen, die in die Zukunft weisen. Nicht jedem
mag ohne weiteres klar sein, was eine durchgreifende Kon-
trolle der Banken und der privatwirtschaft-
lichen Monopole für die Gesamtwirtschaft bedeutet. Die
Kapitalisten freilich haben es schon begriffen: hier steht der
Kampf zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen
Prinzip.

Die Sozialdemokraten fordern — sie wissen, daß das
Fordern nicht genügt, daß Erfüllung nur im Kampf zu er-
reichen ist. Sie sind sich ihrer Gegenfährlichkeit zu allen bür-
gerlichen Parteien bewußt. Sie haben aber auch mit voller
Klarheit und in voller Einmütigkeit den Gegner erkannt,
den es vor allem zu schlagen gilt. Das ist die Harzburger
Front der Inflationisten und Nationalkapitalisten.

Heute fällt die Entscheidung. Jubelnd haben die Harz-

burger die Erklärung der Kommunisten aufgenommen, daß
sie heute Mann für Mann mit ihnen stimmen werden.

Die Kommunisten marschieren, ähnlich wie beim Volks-
entscheid vom 9. August, mit Stahlhelm und Hakenkreuz
gegen die Gewerkschaften.

Die Sozialdemokraten werden heute so stimmen, wie es
die Interessen des gesamten Proletariats verlangen: gegen
die äußerste Reaktion.

Die Sozialdemokraten wollen nicht tolerieren, daß
Tarifrecht und Sozialversicherung zertrümmert werden.

Die Sozialdemokraten wollen nicht tolerieren, daß der
Faschismus die Macht ergreift.

Darum werden die Sozialdemokraten heute die Anträge
der „nationalen Opposition“ ablehnen. Wo die Mehrheit sein

wird, ist ungewiß. Gewiß ist nur, daß die „nationale Oppo-
sition“ mit einer Mehrheit, die sie den Kommunisten ver-
dankt, parlamentarisch nichts anfangen kann. Diese Mehr-
heit pläht automatisch in dem Augenblick, in dem sie positiv
werden soll.

Die Sozialdemokraten werden heute alles tun, um einen
Sieg der „nationalen Opposition“ zu verhindern. Aber auch
wenn Hugenberg mit Hilfe seiner nationalsozialistischen und
kommunistischen Nameluden siegen sollte, würde der Himmel
noch lange nicht einstürzen. Unter veränderten Umständen
würde die Sozialdemokratie mit veränderten Mitteln weiter-
kämpfen. Sie kämpft ja nicht für diese oder jene Regierung,
sondern für die Arbeiter und ihre unveränder-
lichen großen Ziele!

Hände weg von Arbeiterrechten!

Wer sie angreift, wird geschlagen.

Im Verlauf der Reichstagsausprache konzentrierte sich
das Interesse gestern vor allem auf die Ausführungen des
vollsparteilichen Krisenmachers Dingelden (wir
berichten an anderer Stelle darüber) und auf die sachlich-scharfe
Rede des sozialdemokratischen Sprechers. Diese Abrechnung
mit dem Harzburger Faschistenputz und seinem bolschewisti-
schen Anhängel lassen wir hier folgen:

Abg. Aufhäuser (Soz.):

Hinter dem falschen Vorzeichen einer nationalen Opposition
verbirgt sich die organisierte Vorbereitung eines tödlichen Ver-
nichtungskampfes gegen die deutsche Arbeiterklasse. Mit dem Kampf
gegen den Nazismus meint man den Angriff gegen die deutschen
Arbeiter und Angestellten, der nun in sein entscheidendes Stadium
eingetreten ist. Zur Verteidigung des sterbenden Kapitalismus
fühlen sich jetzt diese Ausbeuter berufen. Was den gelben
Vertretern, die die Unternehmer einst gezüchtet haben, nicht ge-
lungen ist, weil die Klassengegensätze auch die „wirtschaftsfriedlichen
Bereine“ in die Front der Arbeiter gestellt haben, was den gericht-
lichen und politischen Kampf der Vorkriegszeit gegen die Gewerks-
chaften nicht gelungen ist, das soll nun durch die neue Form des
Faschismus erreicht werden.

Im neuen demokratischen Staat hat die Arbeiterschaft bedeut-
same Errungenschaften sich geholt (lärmende Gegenrufe der
Komm.), von denen heute Sie Gebrauch machen. (Sehr gut!
bei den Soz.)

Der demokratische Kampfboden soll nun der Arbeiterschaft geraubt
werden, nachdem der Kapp-Putsch und die Versuche von 1923 an
der einigenden Abwehr des Proletariats gescheitert sind. (Mühtes
Geschrei der Komm.; es schreit, daß sie den Redner am Weiter-
sprechen hindern wollen.) Für den Fall, daß Sie (zu den Komm.)
Ihre Anhänger wieder einmal ins Feuer der Gewehre treiben
wollen, haben sich manche Ihrer Prominenten bereits
Schlupfwinkel in Berlin gesichert. (Geschrei der
Komm. — hört, hört!)

Seht, verachtet der Faschismus, dessen Vertreter mit nicht zu
hören dürfen, um die Wahrheit nicht zu hören, die verzweifelnden
Massen vor den Wagen des Unternehmertums zu spannen. Dieser
Faschismus hat sich entwickelt durch die Schwäche jenes Bürgertums,
das heute durch Herrn Dingelden sich vertreten läßt. Milliarden
sind dem deutschen Volk und der deutschen Wirtschaft infolge des
Wahlauflusses vom September v. J. verloren gegangen — die
107 Mann, die damals hier hineingewählt wurden, sind wahrhaft
kostspielige Persönlichkeiten geworden. (Sehr wahr! links und in
der Mitte.) Die Sozialdemokratie hat die Gefahr erkannt und in
der Abwehr des Faschismus die deutsche Arbeiterklasse auf eine
harte Kernprobe stellen müssen.

Heute ist es die Aufgabe jedes ehrlichen Arbeitervertreters
(Hohnlächen der Komm.), alle Kraft daran zu setzen, um den
Faschismus draußen zu halten.

Dazu genügen allerdings nicht Reden gegen seine Führer; dazu ist
vor allem auch eingehende Kritik dieser Gesellschaftsordnung nötig.
Herr Fried hat in seiner ganzen Rede nicht ein Wort der Kritik an
dieser Gesellschaft gesprochen, die diese Not verursacht hat. Weit
über die Sozialdemokratie hinaus wird diese Kritik heute geübt.
Professor Bonn hat in einer Arbeit über die „Deflation der Familie“
das volle Verlangen der Wirtschaftsführer festgelegt. Diese Krise
drängt nach einer neuen gemeinwirtschaftlichen Regelung der
Produktion. Die Justiz fordert außerdem Regelung der Kapital-
verteilung und vernünftige Leitung der Kapitalströme.

Wer ist mehr schuld als Herr Schacht, dieser Matador des
Faschismus, an der Ueberladung Deutschlands mit kurzfristigen
Krediten? Er hat den Gemeinden die Erlangung langfristiger
Kredite gesperrt und alles getan, um die Kreditfähigkeit Deutsch-
lands im Ausland zu zerstören!

Selbstverständlich fragen sich die ausländischen Kreditgeber nach
der Sicherheit ihres Geldes, wenn bei uns jeden Sonntag Stroh-
helmschutz und andere Kundgebungen des Willens zum Kriege vor
sich gehen. (Sehr wahr! links und in der Mitte.) Herr Oberföhrer
hat von dem Leiden der Wirtschaft gesprochen, aber kein Wort
von Nordwolle und Lohle. Er sprach von dem Pumpsystem, aber
nichts davon, daß Hugenberg mitten drin sitzt, der dieselbe Hugenberg,
der Kredit von der Danabank nimmt, die sich Bürgschaften vom
Reich geben läßt. Herr Hugenberg ist ja auch sonst kein Feind von
Transaktionen und Bankgründungen. Oder

war Hugenberg etwa 1926, als seine Landbank zusammenbrach,
ein Marxist?

Den Kunden seines Kreditvereins hat er den Kauf von Aktien seiner
anderen Unternehmungen mit der Begründung empfohlen, daß
nach der Annahme des Young-Plans die Geschäftsaussichten sich
bessern würden. (Lebhaftes Hört! Hört! links und in der Mitte.)

Wenn im Juli die Bankherren sich verzweiflungsvoll um
Staatshilfe bemühten, so muß die Konsequenz sein, daß der heftige
weitgehende Einfluß auf die Banken, eingehende Kontrolle und
schließlich die Banken selbst in seine Hand bekommt. Die Anläufe
zur Bankaufsicht in der jüngsten Notverordnung sind unzureichend.
Wir haben Erweiterungsvorschläge gemacht. Unausführbar ist eine
führbare Freisetzung, kerner die Anwendung des bestehenden
Kartellgesetzes und seine Ausdehnung. Die Senkung der Kartell-
preise ist die Voraussetzung für eine wirksame Verbilligung der
Lebensmittel.

Die Preisklausel des Brotgesetzes, sowie diejenige für den
Zucker müssen durchgeführt und auf dem Getreidemarkt eine
erhebliche Verbilligung der Futtermittel herbeigeführt werden.

Es ist ein Fortschritt, daß unter unserem Einfluß mit der Reform
des Aktienrechts begonnen wurde, wogegen sich der Hauptsturm der
sogenannten nationalen Opposition auf das Kabinett Brüning
richtete. Auch diese Reform muß wesentlich erweitert werden. Als
Exponent der Verlagerer vom Juli und der Gegner jedes staatlichen
Einflusses auf Banken, Börse und Wirtschaft hat sich Herr Dingel-
den zum Opfer der eigenen Partei für die Abwendung auch des
leibtesten Umbaus der heutigen Wirtschaftsordnung bereit erklärt.
Die Großindustrie hat Herrn Dingelden befohlen, sofort die Koffer
der Volkspartei zu packen und ungeäumt die Reise von Brüning
zu Hugenberg anzutreten. Wie weit diese Reise zurückgelegt wird,
ist noch nicht sicher, dafür aber, daß die Deutsche Volkspartei auf
ihrem Tiefpunkt angelangt ist. (Zustimmung.) Als Dingelden
zum Nachfolger eines Streikmanns bestimmt wurde, äußerte sich ein
alter Darmstädter Volksparteiler darüber so:

„Der kluge Dingelden, des Stüchje Malheur.“

(Heiterkeit.) Er hat Dingelden Unrecht getan, das ist schon ein
großes Malheur. (Zuruf rechts: Für euch! Heiterkeit links.) Er
hat hier von seinem großen Mut gesprochen. Aber was ist das für
ein Mut, wenn man seit 1923 ständig mitregiert hat und nun alles
als falsch erklärt und jede Verantwortung dafür ablehnt! Das sind
die Leute, die uns ins Dritte Reich führen wollen. Der Lohnabbau
und der Tarifabbau gehen ihm nicht weit genug, aber gegen noch
so hohe Forderungen der Industrie hat er nichts einzuwenden.
Von den Arbeitern verlangt man Selbstverantwortung, damit sie
keine Sozialversicherung brauchen. Wo bleibt denn die Selbst-
verantwortung der Wirtschaftsführer und Bankgewaltigen, die ihre

Unternehmungen ruinieren und das Vertrauen zur deutschen Wirtschaft in der ganzen Welt erschüttern? (Sehr wahr! links.) Herr Dingeldens Hinweis auf das „gefesselte Deutschland“, das übrigens die Krise mit allen Siegerstaaten und neutralen Ländern teilt, kann nur die Atmosphäre des Vertrauens in der Welt wieder zerstören, das die Sozialdemokratie und zum Teil auch Stresemann mühsam hergestellt haben.

Die angeblich so hohen Löhne sollen für die Krise verantwortlich sein. Aber was nicht die Kapitalbildung in Deutschland 1927 bis 1929, als die Löhne stiegen, besonders groß?

Er fordert schärfstes Vorgehen gegen alle Staatsfeinde und zugleich rufft er auf den Anien vor Fric und Oberfohren; die Nationalsozialisten will er erziehen — ich glaube, das kostet die Deutsche Volkspartei allerhand Schulgeld! (Heiterkeit.) Die Brücke zwischen Dingeldens, den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen — das ist die Inflation. Alles Leugnen hilft nichts.

Wenn jemand ein Verdienst an der Inflation hat, dann war es der spätere deutschnationalen Führer Helfferich.

Am Kriege hat er hier dem englischen Finanzminister, der Deutschland mit silbernen Kugeln bezwingen wollte, das Wort von den deutschen papiernen Kugeln zur Antwort gegeben. Als in der Inflation durch Steuern eine Hilfe geschaffen werden sollte, war Helfferich dagegen, weil der Grundbesitz jermalm würde. Durch die Inflation aber sind die kleinsten Betriebe jermalm worden. Die Winnenwahrung Hugenburgs, das Federgeld der Nationalsozialisten, die Schuldmindering der Großindustrie, das alles sind

nur andere Worte für eine Inflation, die die Sparte und Kleinrentner zu Bettlern macht, die Arbeiter und Angestellten zwingt, umsonst zu arbeiten und die völlige Zerstückelung der Sozialversicherung bedeutet.

Herr Fric hat alle möglichen Leute für die frühere Inflation verantwortlich gemacht. Warum erzählt er nicht, wie eine arme Frau, die Mutter mehrerer Kinder, die den Anmeldestermin für die Aufwertung veräumt hatte, zum Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gekommen ist und ihn gebeten hat, ihr doch nachträglich noch die Aufwertung zuzusprechen; da hat Herr Schacht, der Mann mit einem 200 000-Mark-Gehalt geantwortet, daß er weder rechtlich noch moralisch sich dazu für verpflichtet halte. (Stürmische Hört-Hört-Rufe links und in der Mitte.) Da haben Sie die Moral des Dritten Reiches. (Sehr gut!)

Von den Fragen des Tarifrechts und der Sozialpolitik hat Fric nicht mehr gesagt, als die Andeutung, daß Korporationen etwa nach italienischem Muster eingeführt werden sollen. Von all den Versprechungen der NS. bei der Reichstagswahl für die Kriegrentner und Unterstützungsempfänger kein Wort! Da war Oberfohren etwas klarer. Er hat

offen den Kapitalismus verteidigt, ohne daß die NS. widersprochen hätten. Die armen SA-Leute und alle Proletarier, die mit den NS. gehen, sollen nichts anderes sein, als Kanonensulter für den Kapitalismus.

In einer Schrift über den deutschen Faschismus hat der den NS. nahestehende Professor Hans Freier (Leipzig) von dem aktiven Nichts gesprochen, das der Sieg des Faschismus im ersten Augenblick bedeutet. Dieses aktive Nichts ist das Programm der NS., wenn sie glauben sollen, Arbeiterinteressen Arm in Arm mit den Kapitalisten vertreten zu können. Dieses aktive Nichts ist die faschistische Betriebsfeier, ist die Harzburger Resolution, ist die Erklärung Frics hier im Reichstag.

Was haben die 107 an Laten hier geleistet, auf die ihre Wähler geworfen haben, was haben sie getan, um das große soziale Hilfswerk zu fördern? Weggelaufen sind sie aus dem Reichstag.

Das Parlament hat man lahmgelegt, das die Rateliebenden in dieser Zeit mehr brauchen als je. Notverordnungen sind die Folge davon. Was eine so große Fraktion ihre einfachsten parlamentarischen Pflichten veräumt hat. Der Sozialdemokratie obliegt es überlassen, an den Notverordnungen die notwendigen sozialen Korrekturen vorzunehmen. Das haben wir getan und werden es auch bei der Oktoberverordnung tun. (Der Redner verweist auf die Anträge der Sozialdemokratischen Fraktion, um die Richtung dieser Korrekturen zu fernschicken.) Ein Teil der jüngsten Notverordnung riecht nach Garzer Käse, dort nämlich, wo den Ländern und Gemeinden die Vollmacht erteilt wird, die Fürsorge noch weiter abzubauen. Wir fordern, daß eine Reform der Sozialpolitik nur auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung erfolgt, was die Reichsregierung auch wiederholt zugelagt hat.

Das Schicksal lebender Menschen darf nicht wieder in die Hand der Ministerbürokratie gelegt werden, die sich in den Notverordnungen genügend ausgelobt hat.

Wo bleibt die nationale Opposition bei diesen Aufgaben? Hugenburg will keine Sozialversicherung, er will Sparzwang. Herr Schacht hat am 14. Februar 1930 auf der Schaffer-Mahlzeit in Bremen, Arm in Arm mit seinem Gerund La h u s e n die Sozialversicherung erhöht, indem er Deutschland als das Ideal des Sozialrentners bezeichnet hat, wo schon dem Reuegeborenen sämtliche Verjüngungsströme einschließlich der Sterbefälle in die Wege gelegt wurden. (Entzückungsrufe links und in der Mitte.) Dieser Hohn gegen die Arbeiter — das ist Ihr Sozialismus.

Für den Abbau der Riesengehälter in der Privatindustrie reicht die Notverordnung nicht aus, an diese hohen Einkommen muß man durch Besteuerung herangehen, die Beträge werden nicht geändert werden. Ich halte noch immer die Hoffnung, daß die Arbeiterelemente unter den NS. sich gegen den Anschlag des Unternehmertums auf die Sozialpolitik aufbauen würden, denn

es geht darum, ob die deutsche Arbeiterklasse ihrer kollektiven Grundlage beraubt werden soll. Das ist der Sinn der Angriffe auf das Tarifrecht.

man will die Tarife durch „elastische Gestaltung“ noch kurzfristiger machen, die Lauf- und Kündigungskrisen noch mehr abtärzen. Die Gewerkschaften aber werden sich ihrer Pflichten bewußt bleiben. Im Kollektivismus ist die deutsche Arbeiterklasse groß geworden. Diese Arbeiter und Angestellten, Beamten und sonstigen Schaffenden sind durch die Schule der Organisation gegangen. Wäre das nicht der Fall gewesen, dann hätte die Panik der sogenannten Wirtschaftsführer im Juli zusammenbrach auf das ganze deutsche Volk übergegriffen. Die Massen wissen, was die Gewerkschaften, sie wissen, was das kollektive Empfinden nicht nur für die Gewerkschaften, sondern für den Staat bedeuten. Wir sind hier nicht in Italien, hier gibt es nur ein Entweder-oder: entweder die Gewerkschaften werden als Machtfaktor im Staate anerkannt, oder wehe dem Staat und der Gesellschaft, die den Gewerkschaften ihre kollektive Basis zu rauben suchen.

Wir warnen die Regierung und auch die sogenannte nationale Opposition, den Kampf gegen die Tarifverträge aufzunehmen, der der Kampf gegen die Solidarität und das kollektive Empfinden der Massen überhaupt wäre.

Wir wissen, auch die Verfassung von Weimar hat den Arbeitern nicht das Paradies gebracht, wohl aber hat sie die Möglichkeit der kollektiven Kraftentfaltung gegeben. Wir bedauern, daß die Reichsregierung das Tarifrecht der öffentlichen Arbeiter eingeschränkt hat und diese Möglichkeit durch die neue Rainerordnung auch auf die gemischtwirtschaftlichen Betriebe ausdehnt. Die Frage, ob die Arbeitenden ihren Kampfposten erhalten, als Wasse ihr Schicksal gestalten können, das ist der Schlüssel der politischen Situation in Deutschland, und das ist die Erwägung, von der die Sozialdemokratische Fraktion alle ihre Entscheidungen abhängig macht. Es ist kein Zufall, wenn die Gewerkschaften aller Richtungen hier zusammenstehen, von den freien Gewerkschaften bis zum Deutschnationalen Handlungshilfsverband. Längst haben sich die deutschen Gewerkschaften von Hugenburg losgelagt, die Gewerkschaftsvertreter der Deutschen Volkspartei verfolgen Herrn Dingeldens die Befolgigkeit,

und nur noch in einer Partei, nur bei den NS. sitzen noch Arbeitervertreter, die noch nicht begriffen haben, worum es geht.

Diese Gewerkschaftsfront wird in der nächsten Zeit immer enger werden. Es ist nicht revolutionär, sich im Haus und Stechen zu üben — in diesem Augenblick ist revolutionär nur, wer bereit ist, die organisatorische Kraftentfaltung der deutschen Arbeiterklasse zu führen.

Wir warnen auch die Kommunisten, in dem Augenblick, wo der Reichstag von Harzburg nach Berlin angetündigt wird, in diesem Augenblick ihre Truppen dem Klassenfeind zuzuführen, wie beim Volksentscheid. (Hohngeflüster der Kommunisten, einer von ihnen ruft den Sozialdemokraten zu: „Es geht Euch nicht mehr so, wie beim Rapp-Butsch, darauf könnt Ihr Euch verlassen!“) Wenn durch Eure Hilfe Hugenburg und Hitler liegen, dann wird Euch der Fluch der Arbeiter treffen. Wir stehen hier vor der parlamentarischen Entscheidung, ob der Arbeiterschaft die Möglichkeit erhalten bleibt, ihr Gewicht in die Waagschale zu werfen. Zwingt man uns, den Kampf außerparlamentarisch zu führen — die Sozialdemokratie treibt nicht zum Bürgerkrieg — aber

wenn es hart auf hart kommt, dann werden die Arbeiter zu kämpfen wissen.

Es gibt für die deutsche Arbeiterklasse nur eine Kraft und eine Zu-

Von Dingeldens bis Helfert.

Der Reichstag vor der Entscheidung.

Den zweiten Tag der Reichstagsdebatte über die Regierungs-erklärung leitete vor der Tagesordnung Abg. Beder-Schlesien (Komm.) mit einem schleunigen Antrag ein, allen Besitz der stillgelegten Benzessausgrube in Neurode zu beschlagnahmen, den Häubigern nichts zu zahlen, aber der arbeitslos gemachten Belegschaft zwei Millionen Beihilfe zu gewähren. — Sowohl die Auffassung auf die heutige Tagesordnung wie die Verbindung mit den zur Beratung stehenden Anträgen wird abgelehnt. Als nächster Redner in der politischen Debatte spricht

Abg. Simpfendorfer (Chr.-Soz.) gegen die heftige Demagogie der Hatentzeuler, die ihre Absicht verfehlern, absoluten Terrorismus und ein System des „Körperollens“ über Deutschland aufzurichten. Solange wir darüber keine Klarheit erlangen, können wir bei allem Willen zur Zusammenarbeit nicht für eine Machtübertragung an die „nationale Opposition“ eintreten.

Abg. Dr. Dingeldens (DVP.).

Der viele Hörer in den Saal zieht, beginnt mit der Erklärung, daß der Wandel in der Haltung seiner Partei die Hochachtung und die Verehrung vor den vaterländischen Verdiensten, dem redlichen Willen und der hohen Moral des Reichstanzlers nicht berühre. Der Ruf zur Unpopulartät mühte wachsen mit der Entfernung der Regierung von den politischen Parteien. Das System des Regierens mit dem Artikel 48 hat eine weitgehende Verschärfung gebracht.

Man fragt die Parteien nicht, aber durch die Nichtablehnung der Verordnungen werden sie doch verantwortlich gemacht für Dinge, an denen sie nicht mitgewirkt haben.

Die Verfassung reicht für eine solche Zeit nicht aus. Die Regierung hat veräumt, die psychologische Vorbereitung des Volkes für diese Maßnahmen durch Heranziehung der geeigneten Kräfte zu sichern. Dazu hätte man die wirtschafts- und außenpolitische Wahrheit schonungslos enthüllen müssen, um das Volk von der Notwendigkeit der geeigneten Maßnahmen zu überzeugen, und die aufbauwilligen Kräfte heranzuziehen. Statt dessen hat man — wie im Kriege — einen Optimismus gepredigt, der nur Mißtrauen erzeuigt hat. Der Finanzminister hat unsere Sparanträge als unnötig bekämpft, wenige Monate danach mußte die Regierung den Ausfall von Hunderten Millionen Steuern eingeben. Der Reichstanzler hat es in den Berzweilungstagen des Juni und selber an dem ersten Wort fehlen lassen, das zum Volk zu sprechen war. Immer mehr ist der Wirtschaft das Kapital entzogen worden. (Zuruf der Komm.: Fragen Sie mal in Holland und der Schweiz nach, wo das Kapital ist.) Wir haben eine ungeheure Fehlleistung von Kapital. (Rufe links: Wer leitet es denn? Wer verschleht Millionen?)

Die großen Summen für Wohnungsbau usw. sind heute größtenteils totes Kapital.

Gewiß hat auch die private Wirtschaft viel schuld. (Abg. Dittmann (Soz.): Das sind doch Ihre Wirtschaftsführer!) Ja, da sehen Sie, wie unabhängig ich bin. (Heiterkeit.) Auch die ungeheure Auslandsverschuldung ist ein Grundfehler. Noch im Frühjahr hat der Reichstanzler die sozialistischen Anträge auf Steuererhöhung damit bekämpft, daß eine Erhöhung der Selbstkosten der Wirtschaft nicht eintreten dürfe. Aber schon die Notverordnung vom Juni hat nicht einen Steuerabbau gebracht, sondern die Lasten der Produktion und des Handels erhöht. Die Verzweilung des Volkes nach dem Zusammenbruch der Großbanken hätte die Regierung zu großzügigen Maßnahmen veranlassen müssen. (Lebh. Zurufe links: Aber gegen wen?), statt wochenlang über Bankentkontrolle usw. zu beraten. Immer stärker hat Frankreich durch Herausziehung des Goldes aus fast allen anderen Ländern versucht, zu seiner militärischen auch die finanzielle Hegemonie zu erwerben.

Dagegen müßten die wachsenden Abwehrkräfte in den betroffenen Nationen zusammengefaßt und vielleicht zu einer Entscheidung geführt werden, die eine Wendung zum Besseren einleitet.

Wie kam man die Privatwirtschaft für die Krise verantwortlich machen, nachdem Sie (zu den Soz.) sie durch die Gesetzgebung erdroffelt haben! (Gegenrufe links: Ihr habt doch regiert! Sie haben es nötig, sich zu beklagen! Wie ist es denn in Amerika?) Ja, sind denn in Amerika sozialistische Grundzüge durchgefaßt. (Schallende Heiterkeit links.) Aber in Australien, wo die Arbeiterpartei regiert, ist schwere Krise. Es ist sehr bedauerlich, daß der Reichstanzler dieser unwahrscheinlichen Hege gegen die Privatwirtschaft nicht entgegengetreten ist, die aus Einzelvorkommnissen eine Schuld des Unternehmertums konstruiert. Die Gehaltskürzung der Beamten wiederholt sich trotz aller Zusagen immer wieder, weil man nicht durch wirtschaftliche und sozialpolitische Maßnahmen, die man oft versprochen hat, den notwendigen Ausgleich schafft.

Das ganze System der Preis- und Lohnbildung muß aufgelockert werden. (Rufe links: Wagt Kartelle! Generaldirektoren!)

Gegen die Beamten ist man rigoros vorgegangen, aber den Lohnabbau der Gemeindearbeiter hat man auf Einspruch der Sozialdemokraten gemildert, ebenso den Leistungsabbau der Arbeitslosenversicherung. (Andauernde Gegenrufe links!) Wollen Sie denn nicht durch einen solchen Abbau den Versuch machen, die Produktion wieder in Gang zu bringen? Warum führt man die Selbstverantwortung in der Sozialversicherung nicht durch, und warum hat man nicht schon vor Monaten versucht, die Frage der Reform des Tarifrechts auf das friedliche Gleis zu schieben?

Reichstanzler Dr. Brüning: Wir waren nicht davor, beide Parteien zusammenzubringen, da ist uns das von einem bestimmten Teil der Industrie zerstückelt worden. — Stürmische Hört-Hört-Rufe links.)

Die Sozialdemokratie vertritt jede friedliche Lösung. Der Reichstanzler hat bedauert, daß ein nationales Konzentrationsabkommen nicht möglich sei; ich habe ihn beschworen, mit diesem Plan vor das Volk zu treten, um festzustellen, wer sich dem verlegt. Heute stehen die sozialistischen Massen da, deren Ideen durch diese Krise widerlegt sind (Große Heiterkeit links), und die fanatischen Volksgewissen,

das sind ihre Organisationen. Darum geht es heute, und in diesem Sinne geht es heute mehr denn je um die organisatorischen und kollektiven Grundlagen der deutschen Arbeiterbewegung.

Wer in diesem Augenblick die Organisation der Arbeiterschaft zu schwächen versucht, der übt Verrat. (Gefrei der Kommunisten.) Wer diese Organisationen anzugreifen wagt, den schlagen wir. (Stürmischer Beifall der Sozialdemokraten.)

Abg. Helfert (Komm.): Wir haben zehn im Ausland befindliche kommunistische Abgeordnete telegraphisch zurückberufen. Alle 78 Kommunisten werden morgen den Sturz der Regierung Brünning stimmen. (Lebhafte Beifall bei den Komm. und R.S.) Der Weg des konstruktiven Sozialismus in England hat nach wenigen Monaten in den Abgrund geführt. Zum Ziele führt nur der Weg des Kommunismus.

Nach 7½stündiger Sitzung wird die Weiterberatung auf heute, Freitag, 12 Uhr vertagt. Vorher Erledigung der Petitionen von Kriegsbeschädigten.

Abg. Dr. Fric (Natf.) hatte die Abfertigung dieses Punktes beantragt, zog aber nach eindringlicher Befürwortung dieser Beratung durch Abg. Numm (Chr. Soz.) seinen Antrag zurück.

Ein kommunistischer Antrag, die als Punkt 3 vorgeschlagene Erledigung der Anträge auf Genehmigung der Strafverfolgung von Abgeordneten wird angenommen.

Von Dingeldens bis Helfert.

Der Reichstag vor der Entscheidung.

die den Staat zertrümmern wollen. Auf der anderen Seite sehen wir das nationale Aufwachen. Diese Kräfte mühte man organisatorisch einzufangen, statt sie in hoffnungsloser Opposition zu lassen. Leider haben die Redner der Rechten ein Programm für den kommenden Winter nicht entwickelt, sondern leidenschaftlich mit der Bergangenheit geredet. Wir fordern ein klares Wirtschafts- und Steuerprogramm. Wir rufen von unseren Anschauungen nicht ab. Wir wollen weiter die Brücke sein von den verantwortlichen Stellen des Staates zu den herandrängenden Massen, die gewonnen werden sollen für verantwortliche Mitarbeit. (Abg. Torgler (Komm.): Sie scheinen der Verwalter der Brandstiftung werden zu wollen! Große Heiterkeit.) Der Redner schließt mit der Erklärung, daß zur Fortführung des von ihm kritisierten Systems seine Freunde dem Reichstanzler nicht das Vertrauen aussprechen können.

Abg. Dr. Leicht (Bay. Bp.) spielt auf Dingeldens so an: Erwarten Sie nicht, daß ich Brücken baue, die schon einstürzen, bevor sie fertig sind. (Sehr gut!) Notwendig ist in dieser Zeit eine schnelle Inangriffnahme der Winterhilfe. Freilich eine Winterhilfe nur für diejenigen, die das Hatentzeug oder Stahlhelm abgeben tragen, hat mit christlicher Nächstenliebe nichts zu tun. (Zurufe rechts: Herr Prälat, Sie haben das Christentum mit Köffeln gefressen! — Präsident Löbe rügt diesen Zuruf.) Der Verständigung zwischen den Unternehmern und den Arbeitern wird nicht dadurch gedient, daß die Unternehmerverbände vorher ein Ultimatum veröffentlichen, dem dann die Gewerkschaften ein Ultimatum entgegenlegen. Die Notverordnungen dürfen nicht benutzt werden, um in allen möglichen Fragen die Länderebene zu verletzen. Eine Regierung, die nachmals eine Inflation herbeiführen wollte, würde mit Recht vom Volke weggesetzt werden. Wenn Dr. Oberfohren unter Hinweis auf Harzburg davon sprach, daß dort Leute gewesen seien, die für eine Idee ihr Leben lassen wollten, so weise ich hin auf den Stifter der christlichen Religion, der für seine Idee sein Leben ließ. Es brennt im deutschen Vaterlande. Der Reichstanzler hat uns alle zum Löwen gerufen. Da sollten wir in christlicher Liebe zusammenarbeiten, und da müssen wir uns gegen diejenigen wenden, die bei dem Rettungswert die Schläuche zerschneiden wollen. (Beifall.)

Abg. Dr. Weber (Staatsp.): Die Nationalsozialisten fehlen hier wohl, damit ihre Leute nicht aus den Reden des Reichstanzlers und der Redner anderer Parteien etwas lernen, jedenfalls antziehen sie sich der Verantwortung für ihre Beramlungssche. Die Handhabung der Preßverordnung ist vielfach zu beanstanden.

Die Regierung sollte von der Presse und dem Radio mehr Gebrauch machen — freilich nicht so wie lethlin, als ein Regierungsvortreter die Feingoldverordnung so „erläuterte“, daß kein Mensch sie verstehen konnte.

Dingeldens hat nichts über das Programm seiner Verbündeten, der Nationalsozialisten, gesagt und ebensowenig über die stumme Axtartie — wie das scheußliche Schlagwort lautet —, die Hugenburg vorzschlägt. Wir danken für eine Terror- und Inflationsregierung nach Muster Harzburg und begrüßen den gleichgerichteten Beschluß des Zentrums. Dr. Schacht hat mit seiner Rede, deren Schädlichkeit ihm als Bankfachmann vollkommen bewußt sein mußte, sich Anhang unter den Leuten schaffen wollen, die ihn bis zu seiner Amtsinüberlegung auf das Gehässige angegriffen haben. Die Deutsche Republik ist gegen ihre Todfeinde viel zu gebuldig, sie läßt auch die ehemaligen Fürsten auf Kosten des Volkes leben, die dann gegen die Republik Sturm laufen. Aus der Ostküste hat man unter Treuherren Leitung Großindustriellen Hypotheken gegeben, während sie doch für keine Leute bestimmt sind.

Abg. Döbrich (Landvolk) kündigt die Zustimmung seiner Freunde zu den Mißtrauensanträgen an, obwohl sie mit mehreren Punkten der Regierungserklärung einverstanden sind. Damit wollten sie eine nationale Regierung schaffen, sind aber überzeugt, daß der gegenwärtige Reichstanzler in jeder kommenden Regierung den seiner Bedeutung entsprechenden Platz einnehmen wird.

Abg. Ziegler (DVP.) spricht gegen die Politik der SPD., die schwächlich und erfolglos sei und durch entscheidenden Klassenkampf ersetzt werden müsse. Der reaktionären Regierung Brünning könnten Friedensfreunde nicht Kriegsmittel bewilligen. Wegen Widerstandes gegen diese Politik hat man die SPD. ausgeschlossen, aber sie werde schon in einigen Monaten (Zuruf der Komm.: gestorben sein) eine Massenpartei sein. In einer Woche habe sie in Breslau ohne eigene Presse 200 Reubeitritte. (Heiterkeit der Soz.) Nach Ausführungen gegen den Kapitalismus, gegen die Verantwortung der Arbeiterschaft für den heutigen bürgerlichen Staat, gegen die demokratischen Illusionen, daß nach und nach der sozialistische Staat werde und nach Ablehnung der Notverordnungen schließt der Redner mit einer Beurteilung der Regierung Brüning.

(Es folgt die Rede des Abg. A u s h a u s e r (Soz.), über die wir auf der ersten Seite dieses Blattes berichten.)

Die Forderungen der Wirtschaftspartei.

Erklärung des Abgeordneten Drewiß.

Abg. Drewiß teilt uns mit: „Die Behauptung, daß die Wirtschaftspartei ihre Haltung von der Hilfe für die Genossenschaftsbanken abhängig mache, ist durchaus unzutreffend. Es ist lediglich wahr, daß schon vor einem Vierteljahr nicht nur von der Wirtschaftspartei, sondern auch von der Zentrumsfraktion und von Abgeordneten anderer Mittelstandsparteien Hilfe für die Genossenschaftsbanken verlangt worden ist. Bei den jetzigen Bedenken der Wirtschaftspartei hat diese Frage keine Rolle gespielt.“

Der „Ruf“ stellt sein Erscheinen ein.

Die in Berlin erscheinende demokratische Tageszeitung der russischen Emigranten „Ruf“, (Das Steuer), stellte ab Mittwoch, dem 14. Oktober, ihr Erscheinen ein.

Kieburgs Fälschungen.

Kohl im Kreuzverhör. — Degner als Ankläger.

Nur langsam steigt das Gericht in die komplizierte Sklarek-Materie hinein. Es fällt selbst dem nicht leicht, der mit der Angelegenheit einigermaßen vertraut ist. Wie mögen sich dabei die Schöffen fühlen. Vielleicht wäre es doch ratsamer, daß die Verhandlungsleitung bei Beginn jedes neuen Abschnittes die Behauptungen der Anklage klarer herausarbeiten! Vielleicht wäre auch eine geringere Hast und Gerechtigkeit erwünscht. Die Zahlen, auch wenn sie von größter Bedeutung sind, werden mit einer Schnelligkeit aus der Anklageschrift vertlesen, daß ein Folgen einfach unmöglich ist. Wenn unter solchen Umständen der Berichtserstattung Fehler unterlaufen sollten, dürfte man sich durchaus nicht wundern.

Die zweite Hälfte der gestrigen Sitzung brachte eine noch schärfere Herausarbeitung der Verteidigungslinie der Sklareks und der Aufsichtsräte der ABO. Sklarek und Degner klagen den toten Kieburg an. Dessen gefälschte und von den Organen des Magistrats gutgeheißene Unterbilanz sei der Anfang allen Übels gewesen. Daß irgend jemand bestochen worden sei, davon könne überhaupt keine Rede sein. Die schärfste Mitade tritt R. A. Dr. Bindar: Sämtliche von der Staatsanwaltschaft aus den Büchern der ABO. und der BAO. entnommenen Zahlen, die zur Begründung der Anklage herhalten sollen, seien gefälscht. Kieburg habe in seinen Büchern für 750 000 Mark Warenposten eingetragen, die in Wirklichkeit nicht existieren; er habe 250 000 Mark in seine eigene Tasche fließen lassen, so sei die Unterbilanz von 950 000 Mark entstanden. Die in der Anklageschrift enthaltenen Zahlen könnten unmöglich zur Urteilsfindung verwandt werden. Der Buchhalter Heinrich, der in den Büchern der ABO. und BAO. Bescheid wisse, würde als Zeuge dem Gericht das erforderliche Beweismaterial liefern.

Angeschlagter Kohl als Aufsichtsratsmitglied.

Der Angeklagte Kohl, ehemaliger Bezirksbürgermeister in Köpenick und Vorsitzender des Aufsichtsrats der ABO. wird ins Kreuzverhör genommen. Die Anklage behauptet, die ABO. habe über Bedarf eingekauft. Die Bilanz zeige kolossale Verluste. Kohl habe die Einkäufe nicht nur bewilligt, sondern sie auch veranlaßt, weil er, durch Sklareks Bestochen, diesen die Lieferungen habe zukommen lassen wollen. Kohl erwidert darauf: Das stimmt nicht. Man hat im Jahre 1924 allgemein über den Bedarf eingekauft, weil die deutschen Kaufleute zur Mark noch kein Vertrauen hatten und immer noch an Ware glaubten. Vorj.: Was rechtfertigte ihr Vertrauen zu Kieburg? Wußten Sie nicht, daß er sich Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen ließ? Kohl hatte gar keinen Verdacht. Waren denn die Organe des Magistrats nicht dazu da, die Geschäftsführung nachzuprüfen? Kieburg erhielt keine Tafel. Alles war in bester Ordnung. Den Bilanzverlust in Höhe von rund 725 000 Mark im Jahre 1925 führt Kohl nicht auf schlechte Dispositionen, sondern auf die schlechte Geschäftslage zurück. Abschreibungen wurden überall vorgenommen. Die Bilanz war aus kaufmännischen Gesichtspunkten aufgestellt, dem Aufsichtsrat vorgelegt und genehmigt.

Kieburgs erste Verbilligungsaktion!

Kohl verantwortet sich sodann wegen der ersten „Verbilligungsaktion“. Am 13. August 1924 lief beim Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Kohl, ein Brief von der Firma Sklarek ein. Kohl wurde darin gebeten, Kieburg zu veranlassen, von einem äußerst günstigen Angebot Gebrauch zu machen. Es handelte sich um fertige Ware im Werte von über 300 000 Mark. Die Firma mache die billige Offerte nur, weil sie ihr Personal nicht ohne Arbeit lassen wollte. Es bedeute ein großes Opfer. Die Ware werde zum vierten Teil des Preises abgelassen. Es bestehe somit für die ABO. die Möglichkeit, ihr Lager zu verbilligen. Der Brief trägt keine Unterschrift. Willi Sklarek hat ihn nicht geschrieben. Von Sklarek erklärt: Ich kann leider keine Briefe diktieren. Also wird ihn Mag Sklarek geschrieben haben. Weshalb er ge-

rade an Kohl ging, kann gleichfalls keiner von den Brüdern sagen. „Man schreibt doch nicht an den Aufsichtsratsvorsitzenden“, sagt der Gerichtsvorsitzende. Kohl selbst weiß überhaupt nicht mehr, ob er den Brief bekommen hat. Jedenfalls wurde die Offerte gutgeheißen. Der Stadtkämmerer Karding bewilligte den Kredit in Höhe von 250 000 Mark. Sklarek lieferte statt 3600 Wintermäntel 4534. Der Durchschnittspreis machte statt 44 Mark 49 Mark aus. „Eine Differenz bis 15 Prozent“, meint Willi Sklarek, „könne immer vorkommen.“ Die Anklage ist aber der Ansicht, daß Kohl pflichtwidrig gehandelt habe, indem er nicht für die Einhaltung des Durchschnittspreises gesorgt habe, und daß es ihm gar nicht um die Verbilligung der Ware zu tun gewesen sei, sondern nur darum, Sklarek die Lieferungen zukommen zu lassen. Es will der Anklage auch nicht einsehen, daß man bereits im Februar mit der Lieferung von Wintermänteln für die nächste Winterfaison beginnt. „Das ist auch sonst üblich“, sagt Willi Sklarek. „Unsere Räume waren zu eng, wir hatten eine Menge fertige Ware, die wir räumen mußten.“ Als ihm entgegengehalten wird, daß alle Ware gar nicht fertig war, meint er: „Das war es ja eben. Die Ware, die wir fertigstellten, wollten wir auch sofort aus unseren Räumen fort haben.“ Auf eine Frage des Vorsitzenden beteuern beide Brüder Sklarek, daß sie nie nachgeholfen, nie bestochen, nie Zuwendungen gemacht haben. Geschenke wurden gegeben und erhalten. Kistenmacher soll aber behauptet haben, die Wintermäntel seien auf ausdrücklichen Wunsch des Angeklagten Kohl geliefert worden.

Die zweite „Verbilligungsaktion“.

Die zweite sogenannte „Verbilligungsaktion“ sollte einen Posten im Werte von 500 000 Mark betreffen. 100 000 Mark von dem in dieser Höhe eingegangenen Kredit wurden von der ABO. zur Begleichung einer Schuld bei der BAO. benutzt. Kistenmacher soll dem Buchhalter Lehmann erzählt haben, daß in diesem Falle sämtliche drei Brüder Sklarek zusammen mit Kieburg den Angeklagten Kohl in der Wohnung ausgesucht hätten. Dieser bestritt es mit aller Entschiedenheit: Sklarek sei bei ihm im ganzen vielleicht zweimal gewesen. Einmal im Jahre 1925 und dann im Jahre 1929, nie aber im Jahre 1924, und auch niemals in Begleitung von Kieburg; sämtliche drei Brüder zusammen hätten ihn überhaupt nie ausgesucht. Mit Sklareks haben ihn keine freundschaftlichen Beziehungen verbunden. (Sklarek bestritt das.) In der Offerte vom 12. Dezember, die gleichfalls keine Unterschrift trägt, heißt es, daß Mäntel und Anzüge mit 50 Proz. unter Herstellungslosien geliefert werden könnten. Die augenblickliche finanzielle Lage zwinge die Firma dazu. Der Vorsitzende will vom Angeklagten Kohl wissen, wie es bei der Aussprache anlässlich dieser Offerte im Aufsichtsrat zugegangen sei. Kohl: Kieburg hat die Offerte dem Aufsichtsrat unterbreitet. Alle traten für sie ein. Der eine sagte, er müsse zugreifen, da eine Erhöhung der Löhne bevorstehe; ein Mitglied der Handelskammer meinte, es sei ein glänzender Vorschlag; ein dritter war von der Preiswürdigkeit der Offerte überzeugt. Davon, daß die Firma ungenannt bleiben wolle, sei gar keine Rede gewesen.

Degner gegen den Magistrat.

Auch der Angeklagte Degner war Mitglied des Aufsichtsrats und als solches Mitglied einer dreiföpfigen Wirtschaftskommission, die im April 1926 zu dem Zweck gebildet wurde, um sich ständig über die Geschäftslage und Geschäftsführung der ABO. zu unterrichten und die auch bei der Aufstellung der Bilanzen mitwirken sollte. Vorj.: Könnten Sie denn eine Bilanz aufstellen? Degner: Nein. Ich wage auch zu bezweifeln, daß die beiden anderen Mitglieder dazu in der Lage waren. Vorj.: Dann verstand also niemand etwas davon, deshalb trat die Kommission wohl auch so

wenig zusammen, weil niemand Bescheid wußte. Degner: Ja, das war ein Systemfehler des Magistrats. Die Hauptprüfstelle hat gleichfalls ihre Pflicht verletzt. Schüttler, der die Bilanz zu prüfen hatte, wurde von Kieburg durch Nachkassale geschleppt und hat die Bilanz, befohlen wie er war, unterzeichnet. Wäre das nicht geschehen, ruft Degner in großer Erregung aus, so wäre Kieburg bereits früher verschwunden. Mein Verdienst ist es, daß ich, obgleich ein halbes Jahr im Aufsichtsrat, Kieburgs Rücktritt erzwungen habe. Es war nicht leicht, gegen Kieburg aufzutreten. Er genoß das größte Vertrauen selbst beim Oberbürgermeister Böß. Ich habe mich aber auf der Sitzung vom 4. Dezember zum Dolmetscher des gesamten Aufsichtsrats gemacht, habe den Vorstoß gegen ihn unternommen und ihn aufgefordert, sich krank zu melden, bis man mit der Angelegenheit ins Klare kommen würde. Es mußte da etwas nicht stimmen. Bei einem Jahresumfah von 16 Millionen waren die Lieferanten gezwungen, zwei- und dreimal wegen Beträgen von 200 und 300 Mark zu kommen. Als ich bei Sklarek die von Kieburg übernommene Ware besichtigte, stieß ich auf Stiefel, die nichts anderes als Attrappen waren; selbst Erwerblose hätten sie nicht genommen. Ich habe die Suspendierung Kieburgs erzwungen, und der Magistrat und die Oberprüfungskommission haben die von Schüttler unterzeichneten gefälschten Bilanzen, obgleich es bekannt war, daß sie gefälscht waren, durchgehen lassen. Es wäre Pflicht gewesen, eine Strafanzeige zu erstatten. Vorj.: Weshalb haben Sie das nicht getan? Degner: Das war nicht mein Amt. Vorj.: Aber als nichts geschehen war, hätten Sie es doch tun können. Degner: Ich bin kein Jurist. Ich habe auch mehr als einmal gemahnt. Und als der Subdelfer gegen mich kam, da habe ich die Sache mit meinem Dirigenten besprochen. Vorj.: Wenn Sie so entrüstet waren, wie Sie es heute darstellen, so verstehe ich nicht, wie Sie die Angelegenheit haben im Sande verlaufen lassen können.

Heute Freitag um 9 Uhr wird weiter verhandelt.

Rieseneinkommen für Direktoren.

Favag-Prozess bringt es an den Tag.

Der Prozess gegen die Vorstandsmitglieder und Direktoren der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft (Favag), über dessen Anfang wir bereits im gestrigen „Abend“ berichteten, brachte zunächst einige weitere bemerkenswerte Enthüllungen über die Höhe jener Kapitalien, die die Direktoren unter der Bezeichnung „Gehälter und Sondervergütungen“ aus einkommenden Geldern der bei der Gesellschaft Versicherten bezogen.

Die Gehälter der Favag-Direktoren entsprechen wohl im allgemeinen dem üblichen Mißbrauch in Industrie und Großhandel. So erhielt der verstorbene Generaldirektor Dumke jährlich 358 000 M., Direktor Lindner 192 000 M., Becker und Schumacher erhielten je 175 000 M. Strafbar machten sich die Direktoren der Favag, indem sie sich unter dem Namen „Sondervergütungen“ gegenseitig riesige Beiträge in die Tasche schoben. So nahmen sie sich von einem Aktienlauf (Kochung) 500 000 M. als „Bermittlergebühren“, wobei der Aufsichtsrat der Favag darüber im unklaren gelassen wurde, daß die „Bermittler“ die eigenen Direktoren des Unternehmens waren. Ferner erhielt einmal jeder Favag-Direktor eine Extravergütung von 25 000 M. auf fingierte Konten für ein gegliedertes Geschäft der Favag. Verluste ließ man immer gern zu Lasten der Favag gehen, während sich die Herren Direktoren an den Gewinnen mit riesigen Provisionen beteiligten.

Jeder der fünf Hauptangeklagten hat sich für mehr als ein Duzend Straftaten zu verantworten. Die Direktoren haben laut Bericht der Revisionskommission aus persönlichem Eigenmut einen Konzern zugrunde gerichtet, der sich in 65 Jahren aus kleinen Anfängen zu dem zweitgrößten deutschen Versicherungsunternehmen in die Höhe gearbeitet hatte, 61 Sondergesellschaften umfaßte und ein Aktienkapital von 25 Millionen Mark hatte. Die

WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN
VON Felix Scherret.

„Run mach' aber einen Punkt. Es ist nicht anzuhören!“ schreit Wilma wuterfüllt. „Menschen hungern, und du bringst dich halb um wegen eines Kötters.“ Das fassungslose Gesicht, mit dem James jetzt zu ihr aufblickt, steigert ihre Wut. „Starr mich nicht so blöd an! Was weißt du denn von mir. Ich mag dich ja gar nicht! Das hab' ich dir vororgemacht, um dich zu heiraten! Aber ich will dich nicht mehr! Du und deine ganze Blase, ihr hängt mir zum Halse heraus! Auch der schöne Sängler, der Manfred Orumacher, in den ich mich damals im Kurhaus verliebt habe! Schluß damit. Aus der Traum... Die ganze Zeit hab' ich mich damit herumgeschleppt und du hast nichts gemerkt! Wenn du mich umarmst hast, dachte ich an ihn! Ich wußte, daß es aussichtslos ist, trotzdem war es nett, netter jedenfalls als mit dir!“ Sie steht hoch aufgerichtet mitten im Zimmer.

James hat sich zu einem Sessel geschleppt. Er schlägt die Hände vor das Gesicht. Diese Bewegung kommt Wilma so lächerlich vor, daß ihr Zorn von neuem aufflamm.

„Mach dich nicht niedlich! Andere Leute müssen ganz anderes durchmachen. Und der Arbeiter, der die Beiste erschlagen hat, verdient eine Belohnung! Ich wollte Bravo rufen, als er es tat, aber ich nahm Rücksicht auf dich. Ich nahm immer nur Rücksicht auf dich. Hast du, oder und menschenfreundlicher Chef, nie geahnt, wie dein Personal vor dem Hund zitterte? Natürlich nicht. Solche Kleinigkeiten überfliehet ein großer Geist!“

„Du hast mich mit Manfred hintergangen...?“ James hängt an Wilmas Lippen.

Wilma lacht böse auf. „Leider nur in Gedanken. Aber ich verzichte! Es bleibt mir nichts anderes übrig. Wir müssen alle verzichten. Du auf mich, ich auf Manfred und deine Frau auf dich. Dieser Schaden ist wenigstens zu reparieren. Geh zurück zu ihr! Sie wird dich mit offenen Armen aufnehmen.“ James hat den Kopf in die Hand gestützt. Hab ich das

verdient. Ist es nicht zu viel für einen Menschen? Fränze gab mich frei. Sie meinte es gut, und Wilma beschimpft mich. Warum stehe ich nicht auf und schlage sie? Aber sie meint es wahrscheinlich auch gut. Sie mag recht haben: ich gehe blind durchs Leben, mich liebt sie nicht, sie liebt Manfred. „Nie?“ fragt er laut. „Sag mir ein: nie?“

Wilma ist ruhiger geworden. Sie setzt sich auf die Sessellehne zu James.

„Wich liebtest du nie?“

„Liegt dir so viel daran? ... und lieben? Was für große Worte!“ Sie schließt die Augen und erzählt. „Als du mich vor drei Jahren engagiertest, wollte ich die Situation natürlich ausnutzen. Ich sah, wie du von mir abhängig wurdest. Eine Frau merkt es schnell und zieht ihre Vorteile daraus. Ich wollte dich beherrschen, damit du mich schließlich heiratest. Das war mein Plan.“ Sie wippt mit dem Fuß. „Er wäre durchführbar gewesen. Das gibst du zu, nicht wahr?“

James nickt. Er möchte sie am Weiterreden verhindern, er möchte sagen „Jaß alles“ und hört doch zu.

„Ja, und dann gehst plötzlich nicht. Was ist schon ein Plan! Es kommt sofort anderes dazwischen. Wie soll ich dir erklären? Sieh mal, ich hab doch immer mein Geld verdienen müssen, und meine Eltern arbeiten und habens nicht leicht. Uebrigens wollte sich meine kleine Schwester Willi vorgeiern das Leben nehmen. Das gehört wohl nicht hierher. Da dacht ich, es wäre schön, reich und deine Frau zu sein. Ich möchte es auch heut noch, aber ich weiß nicht mehr, ob es das Beste ist. Gern gemacht hab ich dich doch, obgleich es dir jetzt schwer fallen wird, es zu glauben.“

„Was soll werden?“

„Zunächst mußt du zur Börse gehen. Das ist das Wichtigste. Soll ich mich nach den Kursen erkundigen?“

„Du hast recht.“ James legt sein seriöses Kaufmannsgesicht auf.

Es wird an die Tür geklopft. Bürochef Ziege erscheint im Thürhahmen. Er trägt einen grünen Schnellhefter unter den Arm geklemmt. Als er den toten Hund sieht, bleibt ihm vor Staunen der Mund offen.

„Bardon“, sagt er.

„Run?“ James will von dieser Seite keine Beileidstundungen hören.

„Sie irren sich nicht, Herr Ziege“, kommt Wilma dem

Erstaunten zuvor. „King ist tot. Unser Speidherarbeiter Johannes Frey hat ihn in Rotwehr erschlagen.“

Herr Ziege wiegt den rotblonden Kopf. „Iz... Iz... Iz...“, machte er erschüttert. „Der Hund tat doch keiner Ziege etwas zuleide. Ein Akt der Rohheit! Und verkehrt, völlig verkehrt. Einen Hund bändigt man mit dem Blick. Etwa so!“ Herr Ziege stellt sich vor dem toten Hund in Positur. „Einfach stehen und ihn ansehen!“

„Sie haben's ja schon einmal bewiesen“, sagt Wilma schroff.

„Mir geht es so nahe.“ Herr Ziege legt den Schnellhefter auf den Schreibtisch. „Ich hätte hier...“

„Nacher, nacher...“ winkt James ab. „Ich muß zur Börse.“ Er zieht den Mantel an. „Run...?“ wendet er sich an Wilma.

„Fette Kurse sind noch nicht raus.“ Wilma ist jetzt wieder die alleswissende Privatsekretärin. „Nach den vorbörslichen Berliner Notierungen liegt kein Anlaß zur Beunruhigung vor. Allerdings hat gestern New York wieder eine panikartige Stimmung gezeigt.“

„Danke!“ Mit kurzem Gruß verläßt James das Zimmer. „Sind die Zahlungen aus Schlesien eingetroffen?“

Prokurist Christians zukt bedauernd die Achseln.

„Warum zahlt der Regier nicht?“ Straß und männlich will die Stimme klingen, doch in ihr zittert Angst, die furchtbare Angst vor einer unbekanntem Größe, die nicht in Rechnung gestellt worden ist. „Telegraphieren Sie sofort nach Breslau!“ James proßt die Lippen aufeinander. Die Musteln treten gespannt aus den Backen heraus. Warum zahlt die „Schlesische“ nicht? Sie ist einer der pünktlichsten Kunden. Das Geld müßte schon lange auf der Bank sein.

Ich bin ein Narr des Glücks, sinniert James im Auto. Fränze, Wilma, King! Fallende Konjunktoren und ausgebliebene Zahlungen! Alles trifft zusammen und schlägt den Menschen ohne Erbarmen nieder, raubt ihm die Lust zum Asten.

Das Auto hält mit einem schmerzhaften Ruck vor dem Rathaus. Der Platz ist abgesperrt. Es wird demonstriert. Rote Fahnen und Transparente mit der Aufschrift: „Gebt uns Arbeit!“ Ragere Gestalten, denen der Wind durch die Kleider pfeift. Frauen, Kinder, Männer! Alle im Blick der Zermürung, Resignation, Angst und Hunger. Das Auto fährt durch eine Nebenstraße zur Börse. (Schluß folgt.)

Prämieinnahmen der Versicherungen betragen jährlich 450 Millionen Mark. Die Direktoren Becker und Kirchsbaum haben noch 20 private Konzerne gebildet, die sie mit Geldern der Favaag finanzierten. Auch hier nahmen sich Becker und Kirchsbaum die Gewinne und überließen der Favaag die Verluste. Die Angeklagten erklärten sich für unschuldig. Die Verhandlungen werden am Montag weitergeführt.

Feuerüberfall auf Nazilokal.

Kommunisten schießen. — Wirt und zwei Hakenkreuzler verletzt

Eine schwere Bluttat, die an den kommunistischen Feuerüberfall auf das Nazilokal in der Guelienaustraße vor etwa acht Wochen erinnert, spielte sich gestern Abend in der Richardstraße in Neukölln ab. Von noch unbekanntem offenbar kommunistischen Täter wurden von der Straße in das Naziviertel Lokal von Böwe mehrere Schüsse abgefeuert. Der Gastwirt und zwei Hakenkreuzler, die an der Theke standen, wurden von den Kugeln getroffen und schwer verletzt.

Der Feuerüberfall war nur das Werk von Sekunden. Einige Passanten sahen mehrere junge Burschen davonlaufen, die vermutlich als Täter in Frage kommen. Eine Befragung der Männer konnte bisher jedoch nicht erlangt werden. Das Nazilokal in der Richardstraße 35 war schon wiederholt das Ziel kommunistischer Gegner, bisher blieb es aber immer bei kleineren Plünderungen. Auch die Hakenkreuzler blieben den Kommunisten nichts schuldig und so entwickelte sich, wie auch in anderen bekannten Unruhezentren, eine ständige Fehde. Gestern Abend befanden sich im Nazilokal verschiedene Gäste, als um 7 Uhr plötzlich auf der Straße eine Reihe von Schüssen fiel. Die Scheibe der Eingangstür zum Lokal zerplitterte und der Wirt Böwe sowie die Nationalsozialisten Paul Borreiter und Otto Matzkap sanken, von Kugeln getroffen, zu Boden. Die Verletzten wurden in das Urbanfrankenhaus gebracht. Beamte der Politischen Polizei nahmen in der Richardstraße die notwendigen Feststellungen vor. In einigen kommunistischen Lokalen fanden auch Durchsuchungen statt. Die Aktion ist jedoch erfolglos verlaufen. Es besteht kaum ein Zweifel, daß der Ueberfall bis in alle Einzelheiten vorbereitet war. Für die Ermittlung der Täter hat das Polizeipräsidium eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt.

Die Kommunisten hatten für gestern ihren Anhängern geheime Anweisungen für Demonstrationen in den Unterbezirken gegeben. Von 17 Uhr ab bildeten sich in fast allen Stadtteilen Demonstrationen, die, wie das Polizeipräsidium erklärt, im Keime erstickt werden konnten. Lediglich an zwei Stellen nahmen die verbotenen Umzüge ernsthafte Formen an. In der Badstraße auf dem Gesundbrunnen hatte sich ein Zug von etwa 100 Kommunisten gebildet. Als zwei Beamte einer Streife zur Auflösung des Zuges aufforderten, wurden die Polizisten von der Menge umringt. Einer der Beamten, ein Oberwachmeister vom 49. Polizeirevier, wurde durch Hiebe mit einem Schlagring verletzt und blutig geschlagen. Der Schutzpolizist zog hierauf seine Dienstwaffe und gab einen Schuß ab, durch den der 29jährige kaufmännische Angestellte Otto Geide aus der Putzstraße Str. 30 in das Becken getroffen wurde. Er fand im Urbanfrankenhaus Aufnahme. In der Potsdamer Ecke Ballaststraße erfolgte gegen 19 Uhr ein Sturm auf die Fenstergehäuse des Nazilokals „Wilhelm“, wobei mehrere Scheiben zertrümmert wurden. Insgesamt wurden bei den gestrigen Zwischenfällen etwa 20 Personen festgenommen.

Der Versuch am Menschen.

Fortgang des Lübecker Tuberkuloseprozesses.

Lübeck, 15. Oktober.

Im Calmette-Prozess wurde heute die Vernehmung des Angeklagten, Obermedizinalrat Dr. Niffaedi, fortgesetzt.

Der Angeklagte äußerte sich sehr ausführlich über die Versuche, die nach dem Jahre 1927 in Deutschland und im Ausland mit dem Calmette-Präparat angestellt worden sind. Diese Erörterung der Vorgeschichte ist für die Beurteilung der Schuld des Angeklagten deshalb von Wichtigkeit, weil man daraus zu entnehmen sucht, ob Dr. Niffaedi auf Grund der Versuche und der dabei erzielten Ergebnisse berechtigt war, sich für die Einführung des Calmette-Verfahrens in Lübeck einzusetzen. Bei der Einführung des Calmette-Verfahrens in Lübeck wurde in den öffentlichen Bekanntmachungen und in den Zeiteln, die den Eltern übergeben wurden, das Wort „Impfung“ oder „Schutzimpfung“ nicht genannt. Staatsanwaltschaft und Nebenkläger scheinen besonderen Wert auf eine Aufklärung darüber zu legen, warum man in Lübeck nicht, wie dies Calmette in seinem Merkblatt getan habe, von Impfungen oder Schutzimpfungen, sondern von „Schutzfütterung“ gesprochen habe. Der Vertreter der Nebenkläger fragte, warum Dr. Niffaedi nicht Anordnung getroffen habe, daß die Schutzfütterung nur auf Anweisung eines Arztes und nach genauer Prüfung jedes einzelnen Falles erfolgen dürfe. Dr. Niffaedi antwortete:

„Das hielt ich nicht für erforderlich. Der Bazillus Calmette ist so harmlos wie Milch und Zuckerwasser.“

Bei diesen Worten gerieten die als Nebenkläger anwesenden Eltern in große Erregung. Dr. Niffaedi hörte dann weiter aus, daß ein Arzt, wenn er sich auf Grund von Tierversuchen davon überzeugt habe, daß ein Mittel unschädlich sei, in verantwortungsbewußter und sorgfältiger Weise auch einen Menschenversuch wagen könne. Denn ohne den Versuch beim Menschen könne die Wissenschaft keine Fortschritte machen. Im weiteren Verlauf der Verhandlung beauftragte Dr. Niffaedi den Mitangeklagten, Professor Dendé, seiner Er, Niffaedi, habe Dr. Dendé die Originalkultur selbst übergeben. Nachdem Dr. Dendé ihm gesagt habe, die Möglichkeit, den Stoff in Lübeck herzustellen, sei gegeben, hätte er selbstverständlich annehmen müssen, daß der Stoff in Lübeck mit dem im Pasteurinstitut hergestellten Stoff vollkommen identisch sei. Dr. Niffaedi glaubte nach seiner Aussage, alle Voraussetzungen für eine ordentliche Herstellung im Laboratorium für gegeben halten zu können. Der Sachverständige Dr. Ruch-Hamburg betonte mit Nachdruck, daß die in Lübeck angestellten Untersuchungen in Deutschland den Nachweis erbracht hätten, daß der Calmette-Bazillus zur Virulenz (zur Wirksamkeit) zurückkehren könne.

Gegen 15 Uhr wurde die Verhandlung auf Freitagvormittag vertagt.

Der portugiesische Gesandte spricht. Im Anschluß an eine Beiratung des Bundes der Auslandsdeutschen hält der portugiesische Gesandte Erzengel António da Costa Cabral am 21. Oktober, nachmittags 18 Uhr, im Haus der Deutschen Presse (Berlin W. 10, Tiergartenstraße 16), einen Vortrag über das Thema: „Die Beziehungen Deutschlands zu den portugiesisch sprechenden Völkern“. Eintritt nach vorheriger Anmeldung beim Bund der Auslandsdeutschen (Berlin C. 2, Breite Straße 8/9, Telefon: Kupfergraben 2585 und 2552) frei.

Volksbühne und Stadt.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung. — Um Berlins Wohnungsbau.

Die Stadtverordneten hielten gestern nach einer dreiwöchigen Pause eine Sitzung ab, die sich zunächst mit der

Neuregelung der an ehrenamtlich im Dienst der Stadt tätige Bürger gezahlten Entschädigungen

befähigte. Darunter fallen auch die Sitzungsgelder für die Stadtverordneten, Bezirksverordneten und für den Vorsitz der Versammlung. Eine ganze Anzahl Anträge der verschiedensten Parteien lagen dazu vor, die schließlich in den Ausschussberatungen zusammengefaßt wurden. Der Berichterstatter des Ausschusses, Genosse Flatau, betonte gestern im Plenum, der Wunsch aller Beteiligten gehe dahin, die Angelegenheit in aller Öffentlichkeit zu behandeln, damit endlich einmal die Baulenardblätter der Rüge enthoben würden, über die Höhe der „Diäten der Stadtväter“ zu urteilen. Es sollen in Zukunft erhalten der Stadtverordnetenvorsteher monatlich 471 M., die Stadtverordneten für eine Sitzung im Plenum und im Stadtgemeindeausschuß 9,50 M., für eine Ausschusssitzung 4,80 M., die Bezirksverordneten für Plenarsitzungen 3,80 M. und für Ausschusssitzungen 2,30 M. In der Aussprache sprach sich Stadtv. Jöbel (Staatsp.) seine Vorredner, den Kommunisten Kasper und den jugendlichen Nazimann Treff, seines Zeichens Stadtmagister, gehörig vor. Kasper habe verschwiegen, wieviel Parteisekretäre unter jählicher Fügung im Stadtverordnetenhandbuch stehen, der

Nazi Treff nehme dreifache Entschädigungen: als Stadtmagister, als unbeförderter Stadtrat und als Stadtverordneter!

Gegen diesen Dreifachverdiener, der sich nicht schämte, gegen die Entschädigungen ehrenamtlich tätiger Bürger vorzugehen, wandte sich auch sehr scharf

Stadtv. Bürgermeister (Soj.).

Die Entschädigungsbeträge sind so gering, daß die Unkosten der Betreffenden nicht gedeckt werden. Jedenfalls hätte es noch kein Sozialdemokrat fertigbekommen, wie die Nationalsozialisten im Reichstag, sich im voraus die Diäten auszahlen zu lassen und dann die Ueberweisung dieser bereits einfließenden Diäten an die Arbeitslosen vom Reichstagsbüro zu verlangen. (Stürmisches Hört, hört! bei den Soj. Großer Lärm bei den Nazis.) Zu erwähnen sei auch die

Ankostenliquidierung für einen einwöchigen Besuch in Berlin durch den deutschnationalen Bürgermeister Jink aus Hagen in Westfalen.

Da müsse es doch sehr wundernehmen, sagte Bürgermeister, daß gerade die Deutschnationalen und die Nazis hier das große Wort führen. Bei der Herabsetzung der Entschädigungen dürfte die Stadt keine nennenswerten Ersparnisse machen. Jedenfalls ist keine Rede davon, daß Ehrenbeamte der Stadt „feste Entschädigungen von 400 M. pro Monat“ erhalten, wie es in gewissen Standaalblättern zu lesen stand. Reichstag und Landtag haben die Diäten um 20 Prozent gesenkt, die Stadt Berlin senkt aber um höhere Beträge;

Berlin zahlt auch heute noch den geringsten Entschädigungssatz

gegenüber anderen Städten. Die Erhaltung des ehrenamtlichen Elements in der Stadtverwaltung machte sich die Sozialdemokratie stets zur Aufgabe. Bürgermeister trat für die Annahme der Ausschussbeschlüsse ein. Nazi Lippert trug mit seiner Entgegnung sehr zur Erhellung der Verhältnisse bei; dieser Mann, wie auch sein Jugenbergskollege Springfeld (Dnat.) belitten, weil sie sich getroffen fühlten. Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge wurde der Ausschussbeschluss mit 104 gegen 87 Stimmen angenommen.

Die Debatten über die Bewilligung eines zinslosen Darlehens in Höhe von 75 000 M. und von 100 000 M. an die Berliner

Volksbühne und die Weiterbefassung des früher gewährten Darlehens von 300 000 M. bis zum 31. März 1932, ferner über die Verlängerung der Bürgschaft für ein von der Volksbühne bei der Sparkasse aufgenommenes Darlehen von 200 000 M. füllten gestern Abend die Redner der Deutschnationalen und Kommunisten aus. Was sie über die Volksbühne zu sagen hatten, war der alte arbeitertum feindliche Standpunkt, den man von diesen beiden Parteien gewöhnt ist. Zur Abstimmung über die Vorlagen kam es nicht, da die noch zur Verfügung stehende kurze Zeit mit Grundstücken minieren ausgefüllt werden mußte.

Eine interessante Abstimmung ergab sich über die Vorlage zu einem Nachtrag zur Biersteuerordnung. Bisher hatten die auswärtigen Bier nach Berlin einführenden Brauereien die zu zahlende Biersteuer auf die Berliner Gastwirte abgewälzt; die sich daraus ergebenden Inzuträglichkeiten bei der Steuererhebung wollte der Magistrat beseitigen, indem er durch die Vorlage die einführenden Brauereien steuerpflichtig macht. Das begriffen scheinbar die Wirtschaftsparteiler, deren Wortführer in der Angelegenheit der Gastwirt Fuchs ist, nicht recht, denn sie stimmten gegen die Vorlage. Nur Fuchs stand auf einsamer Höhe und wird nun sein Votum für die Vorlage bei seiner Partei vorzulesen müssen. Seine Gastwirtkollegen sind sicher für ihn. Die Vorlage wurde mit 74 gegen 73 Stimmen angenommen, d. h. Fuchs rettete die Berliner Gastwirte gegen die auswärtigen Brauereien.

In dem der Plenarsitzung vorangehenden Sitzung des Kellereienausschusses entpuppten sich

die Kommunisten wieder einmal als Arbeiterfeinde.

Es handelte sich darum, ob eine Dringlichkeitsvorlage des Magistrats, die der Beilegung des Berliner Wohnungsbauwesens dienlich, sofort im Plenum verabschiedet werden konnte. Um möglichst viele Wohnungsbauten finanzieren zu können, hat der Magistrat die Zuschüsse aus Hauszinsvermitteln um 50 Proz. gestreckt; die restliche Hälfte müssen die Bauherren selbst durch Hypotheken, die sie bei gemeinnützigen Instituten bekommen, aufbringen, wofür die Stadt in der Dringlichkeitsvorlage die Bürgschaft übernehmen will. Die sofortige Verabschiedung dieser Vorlage verhinderten die Kommunisten mit ihrem Verlangen, die Angelegenheit erst in einem Ausschuss zu behandeln.

Dadurch werden Tausende von Berliner Bauarbeitern mehrere Wochen länger auf Arbeit warten müssen.

Die Sozialdemokraten werden sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, in den später stattfindenden Plenarverhandlungen das arbeitertum feindliche Verhalten der Kommunisten gebührend zu kennzeichnen.

Oberbürgermeister zum Sklarek-Prozess.

Vom Nachrichtenamt der Stadt Berlin wurde gestern Abend folgendes verbreitet:

In der heutigen Verhandlung in Sachen Sklarek sind gegen städtische Beamte, die sich teils noch im Amte, teils nicht mehr im Amte befinden, schwere Anschuldigungen erhoben worden...

Es ist anzunehmen, daß die angeforderten Beamten und Angestellten im Laufe des Prozesses als Zeugen zu den gegen sie erhobenen Angriffen selbst Stellung nehmen werden. Der Oberbürgermeister behält sich die Prüfung des Ergebnisses des Prozesses vor. Der Oberbürgermeister wird, soweit die städtische Verwaltung in Betracht kommt, erst dann pflichtgemäß Stellung nehmen, sobald sich aus der Urteilsbegründung oder aus dem Bericht des von ihm offiziell entsandten Beobachters die Notwendigkeit zum weiteren Einschreiten ergeben sollte.

Grube des Todes geschlossen.

Noisdreie aus Neurode. — Verzweiflungskampf deutscher Bergarbeiter.

Am 13. Oktober früh sollten die Abbrucharbeiten an den Ueberlagungen der stillgelegten Wenzeslaus-Grube im Neurode Bergbaurevier beginnen. Die Wenzeslaus-Grube ist noch in schrecklicher Erinnerung wegen des erschütternden Unglücks im Juli vorigen Jahres, bei dem 151 niederschlesische Bergarbeiter durch einen Kohlenstaubeausbruch auf dem bei Hansdorf gelegenen Kurtschacht umkamen. Elf Monate später forderte der Tod in diesem Waldenburg-Neuroder Stollenrevier von neuem seine Opfer: ein abermaliger Kohlenstaubeausbruch kostete weiteren 7 Bergarbeitern das Leben. Schließlich wurde die menschenmordende und durch das Vordringen der Braunkohle trotz der Stollenlöhne unrentable Wenzeslaus-Grube zum Jahresbeginn stillgelegt.

Auf die Nachricht vom Beginn des Abbruchs der Werksanlagen formierte sich in den frühen Morgenstunden des 13. Oktober ein Demonstrationenzug von rund 2000 arbeitslosen Bergarbeitern, um die Abbrucharbeiter in letzter Stunde zu bitten, die Werksanlagen des Hauptstachtes nicht abzubauen. Darauf stellten die Abbrucharbeiter ihre Arbeit ein. Am Nachmittag des Dienstag formierte sich ein nach größerer Demonstrationenzug der hungernden Bergarbeiter und zog zur Kreisverwaltung, um gegen die Stilllegung Protest zu erheben. Es wurde eine Delegation gewählt, die mit dem Landrat von Neurode verhandeln sollte. Bei diesen Verhandlungen sagte der Landrat, daß sich die schlesischen Abgeordneten der Sozialdemokratie und des Zentrums alle erdenkliche Mühe gegeben haben, um den Bergarbeitern den Betrieb zu erhalten. Infolge der Krise seien aber alle Bemühungen bisher fruchtlos verlaufen.

Als die verzweifeltsten Demonstranten dieses Verhandlungsergebnis hörten, formulierten sie eine Entschliessung, die einstimmig angenommen, ein erschütterndes Dokument deutscher Bergarbeiter ist. Die Entlassenen gelobten, eine Betriebsgemeinschaft für die stillgelegte Wenzeslaus-Grube zu bilden. Die Arbeiter und Angestellten wollen das Wort selber weiterführen. „Wir sind“, so heißt es in der Willensbekundung, „zu Opfern bereit. Sogar vom Brandunglück betroffene Arbeiter stellen ihre Versicherungsansprüche der Betriebsgemeinschaft zur Verfügung. Um so dringlicher fordern wir mit unserer verfassungsmäßigen Recht äußerster Mittel von Staat und Reich, damit sich nach dem Plan unserer Betriebsgemeinschaft die Tore zu unserer Arbeitsstelle wieder öffnen.“

Im vorigen Jahre ging die Wenzeslaus-Grube in Konkurs. Durch den Namen Neurode ist sie für alle Zeiten gekennzeichnet als eine der gefährlichsten Gruben. Trotzdem kämpfen die Walden-

burger Bergarbeiter wie Verzweifelte darum, in der Wenzeslaus-Grube weiter arbeiten zu dürfen. Gibt es etwas Grausigeres als diesen Kampf um eine ständig vom Tod umlauerte Arbeitsstelle? Aber die Hilferufe der arbeitslos gewordenen Bergarbeiter der Wenzeslaus-Grube sind bei der preussischen Regierung nicht ungehört verhallt. Für die 2000 Betroffenen wird Hilfe geschaffen werden. Man plant die Ueberführung der Bergarbeiterfamilien in Siedlerstellen. Die Mittel hierzu werden zum Teil der Dst-hilfe entnommen. Bis zu der Durchführung dieses Plans soll ein Teil der Bergarbeiter mit Rottständerarbeiten beschäftigt werden; 600 Arbeiter sind bereits in Arbeit beim Bau einer großen Wasserleitung und bei Straßenbauten.

An eine Aufrechterhaltung der Grube ist aber nach reiflicher Ueberlegung aller sachverständigen Kreise kaum zu denken, da die Rentabilität fehlt und eine Steigerung des Kohlenabfahes nicht zu erwarten ist.

Fünffähriger totgefahren.

In der Pionierstraße in Spandau wurde gestern Abend der fünf Jahre alte Alfons Rittomski beim Ueberfahren des Fahrdamms von einem Lastauto überfahren und schwer verletzt. Das Kind fand im Spandauer Kreiskrankenhaus Aufnahme, wo es bald nach seiner Einlieferung starb.

29745 Ärzte-Gutachten!

Jede Bohne Qualität
jeder Tropfen Genuß
jede Tasse Gesundheit
das ist Kaffee Hag!

In jedem Paket ein Gutschein. Im Weihnachtsmonat 1931 auf 40 Gutscheine 1 imit. Alt Silber-Dose mit Kaffee Hag gratis

Der Tod der Rentnerin.

Mord oder Selbstmord?

Der Tod der 64jährigen Witwe und Rentnerin, Frau Bolgt, die gestern in ihrer Wohnung am Landsberger Platz 4 tot aufgefunden wurde, konnte noch nicht weiter geklärt werden.

Frau Bolgt wohnte mit ihrer Tochter und ihrem Sohn, der in der Zentralmarkthalle beschäftigt ist, im 3. Stockwerk. Zwischen der Mutter und den Kindern bestand bestes Einvernehmen, dessen es zum Streit gekommen. Gestern abend entfernte sich der Sohn aus der Wohnung, um in der Nachbarschaft noch Einkäufe zu machen. In der Zwischenzeit sprach Frau Bolgt auf dem Flur nach mit einer Nachbarin und begab sich darauf in ihre Wohnung. Als der Sohn nach einer halben Stunde zurückkehrte und die Stube betrat, sah er zu seinem Schrecken seine Mutter regungslos liegen, um den Hals hatte sie ein Handtuch geschlungen. Die Spitze des Tuches hielt die Frau noch krampfhaft umklammert. Der junge Mann alarmierte die Polizei, nachdem er zuvor noch die Umkleinglocke am Hais der Mutter gelöst hatte. Die Mordkommission konnte bisher keine Anhaltspunkte finden, die für einen Mord sprechen. Auch der Gerichtsarzt, der die Leiche genau untersuchte, hält es für nicht ausgeschlossen, daß die alte Frau auf so eigenartige Weise selbst ihrem Leben ein Ende gemacht hat.

Matuschka war zweimal in Berlin.

Polizeiaktion in Caputh.

In Wien ist gestern im Laufe des Nachmittags in einer gemeinsamen Besprechung festgelegt worden, in welcher Weise die Arbeitseinteilung der verschiedenen Untersuchungskommissionen erfolgen soll. Die Vertreter der Polizeiverwaltungen von Wien, Budapest und Berlin werden die für ihr Land in Frage kommenden Straftaten einzeln mit dem beschuldigten Matuschka erörtern. Kriminalrat Gennat, der sich zusammen mit Kriminalkommissar Berndorff in Wien befindet, hat Matuschka gestern längere Zeit sehr eingehend vernommen. Bei dieser Vernehmung drehte es sich zunächst darum, wie oft M. in Berlin gewest hat und wo er sich in dieser Zeit aufgehalten hat. Es steht ziemlich einwandfrei fest, daß er im Laufe des letzten Jahres wenigstens zweimal in Berlin war, und zwar zwischen dem 15. und 30. April und in den ersten Tagen des Monats August. Kriminalrat Gennat hat versucht, näheres über den Berliner Aufenthalt Matuschkas im April herauszubekommen. Der mutmaßliche Täter bleibt nach wie vor dabei, daß er den Auftrag zur Beforgung der Sprengmaterialien von einem anderen bekommen hat. Die Beschreibungen des „großen Unbekannten“ sind jedoch so unklar, daß sie zur Bekanntheit und öffentlichen Fahndung nicht ausreichen.

Auf Grund der Angaben, die Matuschka in Wien bei seinem gestrigen Verhör gemacht hat, fanden gestern Nachmittag und abends umfangreiche Ermittlungen der Berliner Kriminalpolizei unter Leitung von Kriminalkommissar Dr. Wächter und unter Hinzuziehung der örtlichen Polizeibehörde in Caputh statt. Insbesondere wurde in der Ringstraße nachgeforscht, wo sowohl der irische Offizier Carnell gewohnt hat, als auch eine gebürtige Wienerin, eine Frau Schneider, ein Bandhaus besitzt. Frau Schneider erklärte, daß sie einen Mann namens Matuschka nicht kenne, daß auch niemand in ihrem Hause in der fraglichen Zeit kürzere oder längere Zeit

Allgem. Funktionärkonferenz

am Freitag, dem 16. Oktober, 19 1/2 Uhr
im großen Saal der „Neuen Welt“, Hasenheide

Thema: Die politische Situation und die Sozialdemokratie. Referent: Dr. Rudolf Breitscheid, M. d. R. — Zutritt haben: Alle Funktionäre der Partei und die politischen Vertrauensleute in den Betrieben — Parteimitgliedsbuch ist mit gleichlautender Funktionärkarte am Saaleingang vorzuzeigen.

Achtung! Parteifunktionäre und Betriebsvertrauensleute

Für die allgemeine Funktionärkonferenz am 16. Oktober sind die Funktionärkarten zwecks Kenntlichmachung dem zuständigen Abteilungsleiter sofort vorzulegen. Ohne Kenntlichmachung kein Zutritt. Der Bezirksvorstand.

gewohnt habe, und sie konnte sich auch auf Grund des ihr vorgelegten Bildes nicht entsinnen, den Attentäter einmal gesehen zu haben.

Rektorsübergabe an der Universität.

In Anwesenheit des Oberbürgermeisters und zahlreicher Vertreter der Behörden fand gestern an der Friedrich-Wilhelms-Universität die Rektorsübergabe statt.

Die Dozenten der Universität und der anderen Berliner Hochschulen waren in ihrer historischen Tracht erschienen. Die „Antrata“ von Bach gab der Feier die Weihe. Der scheidende Rektor, Geheimrat Konstantin D. Dehmann gab den Rechenschaftsbericht über das Amtsjahr 1930—1931 ab. Er widmete dem preussischen Staate für seine Fürsorge, die trotz schwerer Notzeit den Universitäten zuteil wurde, besonderen Dank. Beim Gedenken an die Toten des Jahres hob D. Dehmann vor allem Ulrich von Wilamowitz-Möllendorf hervor, dessen Abscheiden für die deutsche Wissenschaft ein schwerer Verlust sei. Von besonderem Interesse waren die Ausführungen des scheidenden Rektors über die unter seinem Rektorat geschaffene neue Säugung der Universität. Sie lasse der Universität im genügenden Maße das Selbstverwaltungsrecht. Der Redner wandte sich dann gegen die auf Grund der Notverordnung eingeführte Pensionierung der ausscheidenden Hochschulprofessoren. Zu bedauern sei auch die durch die Sparpolitik bedingte Schließung der Universitätsklinik von Professor Bier. Die Studenteninfektion, die wir erleben und die ein sehr ernstes Zeichen der Zeit sei, lasse den Verlust einer Unterrichtsstätte besonders schwer empfinden. Nach der Rede Dehmanns erfolgte die feierliche Übergabe des Rektorats an den Orientalisten Heinrich Lüders. Ihm übernahm in diesem Jahr ein Vertreter der Philosophischen Fakultät die Amtsstelle.

Nach der Ablegung des Eides hielt Professor Lüders seine Antrittsrede über das Thema: „Wagte der Wahrheit“. Mit einem Chorgesang schloß der Festakt.

Salamander-Spende für die Winterhilfe. Wie die Berliner Winterhilfe mitteilt, ist ihr seitens der Salamander-Aktiengesellschaft ein Betrag von 100 000 Mark zur Verfügung gestellt worden, der einen Teilbetrag der deutschen Winterhilfsspende der Salamander-Aktiengesellschaft im Betrage von einer Viertel-million Mark darstellt.

Ueberfälle auf Finanzämter.

Duplizität der Verbrechen.

Stettin, 15. Oktober.

Zwei Kassenboten des Finanzamts Stettin-Korb, die am Donnerstag mittag, wie üblich, Geld zur Reichsbank bringen wollten, wurden beim Verlassen des Finanzamts in der Kaiser-Wilhelm-Straße von zwei Burshen überfallen. Einer der Räuber schlug den einen Boten nieder, während der andere dem zweiten Boten die Geldtasche mit 23 000 Reichsmark Inhalt entriß. Die Täter flüchteten in einen bereitstehenden Kraftwagen, konnten aber nach kurzer Verfolgung gefangenommen werden.

Essen, 15. Oktober.

Aus zwei großen Geldschränken des Tresorraums im Finanzamt Essen-Ost entwendeten Einbrecher 930 Mk. in Bargeld, für 100 000 Mk. Börsenumlaufsteuermarken und für 220 000 Mk. Landesstempelsteuermarken. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Raub im Buttergeschäft.

Am Donnerstagabend gegen sieben Uhr drangen fünf junge Burshen in das Buttergeschäft Dajmjetich, Bornholmer Straße 30, ein, hielten die im Geschäft anwesenden Personen mit vorgehaltener Pistole in Schach und raubten aus der Ladenkasse etwa 60 Mark. Ein Täter wurde auf der Flucht von einigen Straßenpassanten gestellt, ist aber, noch ehe es zu seiner Verhaftung kam, durch seine Komplizen wieder befreit worden. Es gelang sämtlichen Banditen, unerkannt zu entkommen.

Das Aktuelle Volkstheater. Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Künstler, spielt in der Zeit bis 1. November das Aufklärungsdrama „Im dritten Reich“. Eine komische und tragische Szenenfolge mit Musik. Manuskript und Regie: Rolf Gärtnner. Musik von F. Berezowski. Bühnenbild: Karl Helbig. Die Vorstellungen finden statt: Freitag, den 16. Oktober, 20 Uhr, Stadthalle Weihensee, Historienstraße; Sonntag, den 18., und Montag, den 19. Oktober, 20 Uhr, Bürgergarten Schöneberg, Hauptstr. 123; Mittwoch, den 21. Oktober, 20 Uhr, Konzerthaus Bankow, Breite Str. 24; Donnerstag, den 22. Oktober, 20 Uhr, Saalbau der Hochschulbrauerei, Ringumer Str. 31; Freitag, den 23. Oktober, 20 Uhr, Prachtstraße Treptow, Am Treptower Park 27; Sonntag, den 25. Oktober, 20 Uhr, Bobbrauerei, Fidiinstr. 2/3; Mittwoch, den 28. Oktober, Bismarckstraße Spandau, Feldstr. 52; Donnerstag, den 29., Freitag, den 30. und Sonnabend, den 31. Oktober und Sonntag, den 1. November, 20 Uhr, Städtischer Saal (Vichtplele) Neutölln, Bergstr. 147. Einheitseintrittspreis 80 Pf.

Explosionstatastrophe. Durch vorzeitige Explosion einer Dynamitmine in der Nähe von Czernowiz (Nord-Rumänien) wurden 4 Arbeiter getötet, 15 verletzt.

Schönes Haar in 3 Minuten!
Durch einfaches Färbem wird Ihr Haar sofort locker und duftig. Die Ondulation bleibt erhalten. Sie erreichen dies durch die Haarwäsche ohne Wasser.
Schwarzkopf Trocken-Schaumpon

Hohe Qualität - Niedriger Preis

Inserat Serie:

⑤ Güte ist selbstverständlich - der niedrige Preis erst beweist die Leistungsfähigkeit!

Wie wir von jeher danach gestrebt haben, gute Qualitätsware zu immer niedrigeren Preisen herauszubringen, das zeigt Ihnen dieser kleine, aber interessante Ueberblick.

1929 brachten wir einen reinwollenen blauen Kammgarn-Anzug zu Mk. 49.50. Das war eine Sensation! - Im vorigen Jahre kostete ein reinwollener Gabardine-Mantel bei uns Mk. 39.50. Alles staunt! - Heute bekommen Sie bei uns einen reinwollenen blauen Kammgarn-Anzug für Mk. 28.25! - Und den modernen, reinwollenen Chesterfield-Paletot für Mk. 35.-!!



Hier ist der Ulster-Paletot, den Sie bei uns für **35.-** kaufen können

Modern und elegant in Form und Schnitt, aus reinwollener Scherlana-Ware, in marengo und blau - und natürlich sind Paletot und Aermel mit Kunstseide gefüttert

Diesen Mantel und andere Sachen in den Preislagen

20.-, 30.-, 40.- müssen Sie sich einmal bei uns ansehen und prüfen. Den Stoff, den Sitz, die Verarbeitung. Sie werden finden, daß wir kein Wort zu viel gesagt haben.

GEHEN

SIE ZU C&A BRENNINKMEYER
Oranienstr. 40 Am Oranienplatz
Chausseest. 113 Königstraße 33 Beim Stettiner Bahnhof Am Bahnhof Alexanderplatz
Nachdruck von Wort und Bild verboten

1600 Zeilen Hitler.

Ein offener Brief an Brüning.

Der langen Erklärung Fried's im Reichstag folgt ein noch viel längerer offener Brief Hitlers an Brüning in einer Extraausgabe des „Völkischen Beobachters“, die gestern im Reichstag verteilt wurde.

Hitlers offener Brief, 1600 Zeilen lang, ist ein Dokument der vollkommenen Verbürgerlichung einer sogenannten „Arbeiterpartei“. Der Sozialismus, die Arbeiter und die vielberedete „nationale Revolution“ werden nicht einmal mehr mit dem Namen genannt. Dafür ist jedes Wort sorgfältig so gewählt, daß es in höheren Regionen den Eindruck vollkommener bürgerlicher Gesehtheit und Wohl-erzogenheit erweckt.

Von den besonderen Zielen und Methoden des Nationalsozialis- mus ist nichts, aber auch gar nichts übriggeblieben. Dafür wird mit desto größerer Dreistigkeit der Anspruch auf die allein echte und richtig temperierte „nationale Gesinnung“ erhoben. Auch diese „nationale Gesinnung“ ist ganz in die Formen und Worte gekleidet, wie sie ein behäbiges Bürgertum liebt.

Das ganze Schriftstück ist auf zwei Thesen gestellt: Erstens wird der ganze Kampf für die Gleichberechtigung Deutschlands in der Welt nur vom Hakenkreuz geführt, und zweitens muß in Deutsch- land entweder der Nationalismus oder der Bolschewismus siegen.

Beide Thesen sind willkürlich erfunden und stehen im Gegen- satz zur Tatsachenwelt. Denn in Wirklichkeit hat die Sozialdemokratie für die Gleichberechtigung des deutschen Volkes in der Welt prak- tisch gearbeitet, während die Hakenkreuzler Pfaffen drohen. Und zwischen falschistischem und bolschewistischem Widerstand gibt es noch den Sinn eines demokratischen Sozialismus, der nach innen und außen die Interessen der wirklichen Nation, des ar- beitenden Volkes vertritt.

Indes kam es Adolf Hitler sicher gar nicht darauf an, lezte Fragen zu klären; er wollte vielmehr durch eine bilderbogenhafte Darstellung nationaler Bürgerbravheit auf der einen Seite und eines bolschewistischen Schreckgespenstes auf der anderen Seite zu bestimmten Zwecken einen bestimmten Eindruck machen.

Eigentlich ist der Brief nicht nach Wilhelmstraße 77 gerichtet, sondern nach Wilhelmstraße 73. Nicht an Brüning, sondern an Hindenburg. „Sieh doch, wir sind sooo brav! Bitte, bitte, laß uns ein bißchen regieren!“

Rothschildmann bei Hitler.

Der würdige Repräsentant des „Dritten Reiches“.

Unter den „Wirtschaftsführern“, die an der Harzburger Tagung teilnahmen und Hitler, Hugenberg und den Stahlhelm den Treu- schwur leisteten, finden wir Repräsentanten des sozialreaktionärsten Unternehmertums. Die Nationalsozialistische Deutsche „Arbeiter-“ partei hat sich in Harzburg nicht bloß mit der Schwerindustrie, ver- treten durch deren Syndikate und durch Geheimrat Boensgen vom Stahlruß, und mit anderen Schornsteinen der Industrie ver- trübt, auch die internationale Finanzwelt — bekannt- lich der Todfeind der Nazis — hat in diesem edlen Bruderbund nicht gefehlt. Zu Hitlers Bundesgenossen gehört nämlich auch Dr. Regendanz. Wer ist dieser deutsche Wirtschaftsführer Dr. Regendanz? Wir erfahren es aus dem Handbuch der Direk- toren und Aufsichtsräte von 1930:

Dr. jur. W. G. Regendanz, geschäftsführendes Verwaltungsratsmitglied der Amstelbank, Amsterdam, Amstel 216. Privatadresse: Paris, rue Mallet, Stevens 5.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß Herr Regendanz noch ein großes Landgut in der englischen Grafschaft Essex besitzt und außerdem selbstständig auch eine hochseulde Villa in Berlin hat. Schon diese geographischen Angaben zeigen, daß Dr. Regendanz, der neue Bundesgenosse Hitlers und Hugengerbs, nicht gerade ein Repräsentant des „bodenständigen nationalen Kapita- lismus“ sein dürfte. Ganz im Gegenteil; Regendanz ist ein inter- nationaler Finanzier, Vertrauensmann der größten euro- päischen Finanzmächte. Er hat mehrere Jahre lang dem Zünd- holzönig Ivor Kreuzer in Deutschland treffliche Dienste geleistet, nicht zuletzt dank seiner schon damals glänzenden Be- ziehungen zu den Hugenberg-Deutschenationalen — und ist später in den Dienst der Wiener Rothschilds getreten und damit offenbar zum Bundesgenossen Hitlers avanciert. Regendanz' Tätigkeit für Kreuzer ist noch in bester Erinnerung. Als Strohm- ann des Zündholzrußes kaufte er — angeblich im Kampf gegen den Kreuzer-Einfluß — Zündholzfabriken auf und spielte sie dem Schwedentruß zu.

Eine offensichtlichliche Korruption wurde von der Sozialdemokratie aufgedeckt, als von Regendanz der deutschnationale Abgeordnete Behrens, Aufsichtsratsmitglied in deutschen unter Kreuzers Einfluß stehenden Unternehmungen, zum Berichterstatter in den Reichstags- ausschuß vorgeschoben wurde, der über das Zündholzperrgesetz zu beraten hatte. Aus allem ging hervor, daß Regendanz seine politi- schen Beziehungen zu den Deutschenationalen geschickt für den Kreuzer-Triest ausgenutzt hatte und in seinen Geschäftsmethoden vor Täuschungen, Täuschungen und Bestechungen nicht zurückschreckte. „Die Gesundung Deutschlands ist eine Frage des Charakters“, so meinte Schacht in Harzburg, und auf Grund dieses Nachweises machte offenbar Schacht mit Hugenberg und Hitler gemeinsam und im Bunde mit Wirtschaftsführern à la Regendanz die nationale Wirtschaft wieder aufbauen.

Später ging Regendanz in die Dienste der Wiener Rothschilds über und vertritt seitdem die Rothschild'schen Interessen in zahlreichen holländischen, Schweizer und österreichischen Gesellschaften. Unter seiner Führung brach die Amstelbank zu- sammen, wobei die übelsten Privatgeschäfte und Privatpekulationen der Geschäftsleitung bekannt wurden. Die wirtschaftlichen Zu- sammenhänge der holländischen und Schweizer Gesellschaften, die unter dem Einfluß von Regendanz stehen, sind wenig durchsichtig. In Fachkreisen pflegt man derartige Gesellschaften „Verschiebe- bahnhöfe“ zu nennen. Privat ist Dr. Regendanz an einer Schweizer Hypothekenbank (Compagnie Foncière et Bancaire, Genf) beteiligt, die besonders auf Berliner Geschäfts- und Speku- lationsgrundstücke zweifelhafte Hypothesen zu exorbi- tanten Zinssätzen gegeben hat, die nunmehr allerdings zum Teil rückfällig geworden sind. Die geschäftlichen Sorgen von Regendanz dürften bei der Rechten, die für völlige Beseitigung der Hauszinssteuer eintritt, gut aufgehoben sein.

An der Unterwerfung unter das internationale Kapital sieht Hugenberg die Hauptursache für die Arbeitslosigkeit; in Harzburg stimmte er ein Loblied auf den „nationalen Kapitalismus“ an. Der Kampf der Nationalsozialisten gilt bekanntlich nicht dem guten schaffenden, sondern nur dem bösen „raffenden Kapitalisten“, gilt der „Bredung der Zinsnechtschaft“.

Der Vertrauensmann des internationalen Zündholzrußes, der gegen Rothschilds, der unübersichtliche internationale Finanz- und Zinsgeschäfte treibt — als Finanzier der nationalen Opposition, als Hitlers Bundesgenosse sagt sich offenbar vortrefflich in jenes Kampf- programm gegen die internationale Finanzwelt, gegen die raffenden Kapitalisten und die Bredung der Zinsnechtschaft ein.

Die Parade vor der Schwerindustrie.



„Ja, Herr Generaldirektor, solchen Sozialismus können auch wir Unternehmer freudig unterstützen!“

Ratseinladung an USA.

Gegen Japans erbitterten Widerstand beschlossen.

Genf, 15. Oktober.

Der Völkerratsrat hat heute abend nach einer zweieinhalb- stündigen geheimen und sehr bewegten Sitzung mit 13 gegen eine Stimme prinzipiell beschlossen, die Vereinigten Staaten zu den Verhandlungen des Rates über den chinesischn- japanischen Konflikt einzuladen. Die Abendung der Einladung und die Formulierung des Einladungsschreibens wird in einer für morgen vormittag einberufenen öffentlichen Sitzung erfolgen. Der Vertreter Japans stellte sich auf den Standpunkt, daß für die Einladung ein einstimmiger Ratsbeschuß notwendig sei. Diesen Einwand hat sich jedoch der Völkerratsrat nicht zu eigen gemacht.

Eine dramatische Ratssitzung.

Genf, 15. Oktober. (Eigenbericht.)

Mit der Ueberstimmung Japans hat der Völkerratsrat den ersten energischen Schritt getan, der sich sowohl gegen die japanische Verzögerungsstrategie wie auch gegen das japanische Vorgehen in der Mandchurie richtet. Die Einbezie- hung Amerikas in den Kreis der für die Konfliktlösung ent- scheidenden Mächte bedeutet für Japan, daß es im äußersten Falle sogar einer mächtigen Intervention gegenübersehen wird. Der Druck gegen Japan ist zum ersten Male deutlich angewandt worden und wird sich nunmehr unvermeidlich auch auf die end- gültige Regelung des Konfliktes erstrecken, und nicht nur auf die Zurückziehung der Truppen. Das zeigt auch deutlich der dramatische Verlauf der geheimen Ratssitzung.

Nach Briands Antrag, Amerika einzuladen, ohne Recht der Abstimmung seine Ansicht am Ratstisch zu vertreten und die Meinung der Regierung über jede Entscheidung einzuholen, brachte der Japaner nochmals seine fünf Fragen vor, die alle der juristi- schen Bestreitung der Möglichkeit einer solchen Einladung galten.

Er forderte ferner ein Juristenkomitee, das entscheiden solle, ob diese Einladung eine Prinzipien- oder Präzedenzfrage sei. Briand stellte die Gegenfrage, was Japan zu tun gedente, wenn das Juristen- komitee gegen seine Ansicht entscheide.

Darauf lehnte Tschizawa jede Antwort ab.

Nun griff Lord Reading ein und beantragte nach ausführlicher Rede, die Entscheidung durch Abstimmung herbeizu- führen. Japan hat dagegen gestimmt. Das hat die Situation natür- lich auf die Spitze getrieben. Man verheißt sich hier keineswegs, daß der Rat durch diesen Schritt vorwärts gar nicht mehr zurück kann.

Amerika ist aber gar nicht begeistert.

Washington, 15. Oktober.

Im Staatsdepartement wartet man die weitere Entwicklung der mandchurischen Angelegenheit ab. Man betont, das ein-

zige Interesse Amerikas bestehe darin, daß ein Krieg zwischen China und Japan vermieden werde, und erklärt, daß Nach- richten, deren Ursprung man zur Zeit nicht preisgeben könne, in einem gewissen Grade dazu berechtigen, optimistische Auf- fassungen über eine friedliche Beilegung zu hegen. Man legt auch keinen besonderen Wert auf eine offizielle Beteiligung des amerikanischen Konsuls Gilbert an den Beratungen des Völkerratsrats und zwar erstens deswegen, weil schon seit Tagen dauernd in- offizielle diplomatische Verhandlungen geführt werden und weil zweitens eine Teilnahme an der offiziellen Völkerratsratsitzung in gewissen hiesigen Kreisen einen scharfen Protest dagegen her- vorrief, daß Amerika offenbar „durch eine Hintertür“ dem Völkerrund beitrete.

Chinas Abwehrboykott verstärkt sich.

Genf, 15. Oktober. (Eigenbericht.)

Die japanischen Lageberichte aus der Mandchurie melden eine fortschreitende Besserung des Zustandes. In Mukden seien 1800 Mann mit zwei Regimentsstäben aus der Chinesenstadt in die Eisenbahnzone zurückgezogen worden. Auch die Polizeigewalt sei den chinesischen Behörden übergeben worden. In der Chinesen- stadt seien nur noch 400 Mann und im Industrieviertel 250 Mann. Dagegen sei in Schanghai der Kreuzer „Lokima“ angekommen, von dem aus 200 Mann Verstärkungen für die Marinestation ge- landet worden wären. Eine deutsche Meldung aus Mukden-Lientsin vom 14. Oktober stellt dagegen keinerlei Truppenbewegung fest, aber ein starkes Anwachsen der Boykotthandlungen und Demonstrationen seitens der Chinesen.

Eine lange japanische Depesche meldet eine

gewaltige Ausdehnung des chinesischen Boykotts.

Während in der Mandchurie fast alle Banken wieder geöffnet seien und das kaufmännische Leben normale Formen anzunehmen beginne, bestreiten chinesische Arbeiter alle japanischen Schiffe, die des- halb nicht entladen werden könnten. In zahlreichen Städten hätten chinesische Kaufleute beschlossen, die Annahme japanischer Waren zu verweigern und den Verkehr mit japanischen Kaufleuten abgebrochen. In Kanton hätten chinesische Studenten japanische Waren öffentlich verbrannt. Die chinesische Polizei habe das zu verhindern versucht und scharf geschossen. Die Opfer waren zwei Tote und viele Verwundete.

Für das in der letzten Ratssitzung mitgeteilte Bom- bardement zwei chinesischer Städte gab die japanische Regierung dem Rat auf Anfrage die alte Ausrede als Erklärung: Erst sei ein Erkundungsflug, das über Bewegungen von Banditen und chinesischen Truppen berichte sollte, mit Gewehren beschossen worden. Darauf habe es mit Bomben geantwortet. Auf Grund dieses Vorfalls seien später drei Flugzeuge ausgesandt worden, die wieder Gewehrfeuer erhalten und deshalb ebenfalls mit Bomben geantwortet hätten.

Kulturkampf in Spanien.

Die Umbildung der Regierung. — Gefahr eines Aufstandes im Norden.

Madrid, 15. Oktober. (Durch Telephon.)

Die spanische Revolutionsregierung ist gesprengt. Alcalá Zamora, der bürgerliche Führer im Kampf gegen die Bourbonen, und Miguel Maura, der Sohn des einstigen großen konservativen Ministerpräsidenten und erste Innenminister der Republik, sind zurückgetreten. Das Gesamtkabinett ist ihnen gefolgt. Unter der Führung des sozialistischen Kammerpräsidenten Professor Besteiro, des langjährigen Chefs der spanischen Partei, ist das neue Kabinett sofort zustande gekommen. Es enthält im wesentlichen die bisherigen Minister der republikanischen Linken und der Sozialisten. Den Vorsitz führt der bisherige Kriegsminister Azana, eine der stärksten Energien, über die die spanische Politik überhaupt verfügt. Der Mann, der innerhalb dreier Monate die alte königliche Armee von Grund auf umbaute und etwa zwei Drittel ihrer Offiziere entließ. Nur ein neuer Mann ist in die Regierung eingetreten, der Rektor der Madrider Universität Professor Ciral. Das ist einer der alten Frontkämpfer für die Republik.

Der Marineminister Zamoras, Cosares Quiroga, ist ins Innenmini- sterium umgezogen, an einen Platz, der ihm schon seit Monaten be- stimmt schien. Damit ist die Front des Kabinetts

erheblich nach links verschoben

worden. Es hat an Homogenität gewonnen, ist zweifellos für die entscheidenden Kämpfe der nächsten Wochen besser gerüstet als die erste Regierung der Republik.

Alcalá Zamora und Miguel Maura sind über die Trennung von Kirche und Staat gestürzt. Beide gehören der republi- kanischen Rechten an. Alcalá Zamora ist ein betont guter Katholik. Er und Maura waren bereit, die Trennung von Kirche und Staat hinzunehmen, ja forderten sie selbst. Aber sie waren nicht bereit, in die Austreibung der Jesuiten und die Konfiskation ihres Vermögens einzuwilligen. Für Miguel Maura waren hier neben den rein religiösen zweifellos noch sozialrechtliche Gründe maß- gebend. Er wollte den Begriff des Eigentums in keiner Weise

angetastet wissen. Auch der Kirchen- und der Ordensbesitz war für ihn Privatvermögen.

Die Mehrheit der Nationalversammlung verlangte scharfe Maßnahmen gegen die Kirche und vor allem gegen die verhassten Jesuiten. Sie wollte ihnen jede Machtgrundlage im Lande nehmen. Die

dreihundertdreißig Klöster.

die in spanischen Städten und Dörfern stehen, erscheinen ihr als Zwingburgen Roms. Wenigstens die gefährlichsten von ihnen sollen gebrochen werden. Die Mehrheit hielt starr an ihrer Forderung fest. Auch die größte Beredsamkeit des überschwänglichen Redners Alcalá Zamora vermochte sie nicht von ihrer Haltung abzubringen. Damit wurde die Klust im Kabinett, der Riß zwischen dem Ministerpräsidenten und der Kammermehrheit unüberbrückbar. Alcalá Zamora mußte aus dem Kabinett ausscheiden, trotzdem sich alle Minister noch vor dem Sturz der Monarchie das Wort gegeben hatten, allen Meinungsverschiedenheiten zum Trotz bis zur Verabschiedung der Verfassung in ihren Ministerien auszuhalten.

Wie im Mai regt sich draußen vor den Türen des Parlaments die kirchenfeindliche Masse. Die Regierung wird alle ihre Machtmittel anwenden müssen, um folgenschwere Ausschreitungen zu verhindern. Gleichzeitig aber rüstet sich

der basitische Norden

zum bewaffneten Widerstand gegen die Durchführung der Kirchengesetze, für die eine Mehrheit in den Cortes wahrscheinlich ist. Schon im August wollten die Bauern von Navarra und Guipuzcoa zur Flinte greifen, um für sich das Recht zur Regelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat zu erkämpfen. Damals entsandte Azana, der heutige Ministerpräsident, seine Gebirgsbataillone in die basitischen Täler, um einen Aufstand zu verhindern. Werden die Verfassungsparagraphen gegen die Jesuiten und vielleicht noch einige andere Orden jetzt tatsächlich Gesetz, so ist die äußerste Wachsamkeit des Staates geboten. Und nach dem Auszuge der basitischen Abgeordneten aus der Nationalversammlung, denen noch mehrere andere kleine Gruppen folgten, wächst die

Gefahr einer außerparlamentarischen Austragung des alten Kampfes zwischen Madrid und dem Baskenland,

des Wiederaufflammens eines Karlistenkrieges, tatsächlich bedenklich.

Spanien ist wieder einmal in zwei Lager zersplittert, in zwei Lager, die durch die kirchliche Frage getrennt sind. Die bürgerliche Rechte, die mit der Partei Alcalá Zamoras und Mauras mit für die Revolution gekämpft hatte, ist zu ihren einstigen Gegnern hinübergedrängt worden. Ferrrouz, der greise Republikaner, hat sich schon bald nach dem Umsturz auf die Seite derer geschlagen, die allen Kapitalismus in der kirchlichen Frage vermeiden lassen wollen. Er glaubt an den religiösen Grund im Herzen seiner Spanier und hofft unter der Parole der Duldsamkeit bald die Massen um sich sammeln zu können, die ihn selbst an die Spitze der Regierung tragen sollen. Es gehen Gerüchte um, nach denen Alcalá Zamora während der Abwesenheit Ferrrouz' in dem dem päpstlichen Stuhl gegenüber bindende Verpflichtungen über die Gestaltung der künftigen spanischen Kirchenpolitik eingegangen sein soll. Man munkelt, daß hier der innere Grund zum Sturze der ersten republikanischen Regierung zu suchen sei.

Die nächsten Tage und Wochen werden für Spanien die grundlegenden Entscheidungen bringen. Der jetzt schon Monate währende Kampf um die Kirchengesetzgebung ist in sein entscheidendes Stadium getreten. Man muß dringend hoffen, daß er ohne allzu schwere Erschütterungen für die junge Republik zu Ende geht.

Starke Abstriche am Kirchenhaushalt.

Madrid, 15. Oktober.

Der Ministerrat beschloß am Donnerstag, die Bischofsgehälter um 50 Proz. zu kürzen und ab sofort neun Millionen Peseten, die im Haushalt des Kultusministeriums für die katholische Kirche vorgesehen waren, zu streichen. Die Regierung ordnete ferner die sofortige Beschlagnahme von Gebäuden unterrichtender Orden an, falls sie ihre Unterrichtstätigkeit einstellen sollten. Auf diese Weise soll der Unterricht in den Ordenschulen zwangsweise aufrecht erhalten werden, bis das Sondergesetz, das den Orden die Unterrichtsverwaltung untersagt, in Kraft getreten ist. Anscheinend ist die Regierung der Überzeugung, daß die vorhandenen Bürger- und Volksschulen im Falle der Schließung der Ordenschulen die große Zahl der Kinder zur Zeit nicht aufnehmen kann.

Calles Militärdiktator.

Hochspannung in Mexiko.

Mexiko-City, 15. Oktober. (Eigenbericht.)

Der frühere mexikanische Staatspräsident Calles wurde mit Rücksicht auf die gespannte politische Lage am Donnerstag zum Militärdiktator ernannt. Das mexikanische Kabinett ist inzwischen zurückgetreten. Es wird der Ausbruch einer Militärevolution befürchtet.

Die Einheitsfront der Köpferoller.

Abrechnung mit den Bürgerkriegsparteien im Landtag.

Am Anfang der Donnerstagssitzung des Landtages gab Vizepräsident Dr. von Kries dem Hause bekannt, daß für den ausgeschiedenen Abg. von Egnern (D. Bp.) Abg. Dr. Grundmann (D. Bp.) eingetreten ist.

Hierauf beantragt Abg. Kerff (Komm.) zur Geschäftsordnung einen Antrag seiner Freunde auf die Tagesordnung zu setzen und sofort zu beraten, der

die Freilassung des schleswig-holsteinischen Bombenattentäters Klaus Heim verlangt.

(Große Unruhe im ganzen Hause!) — Die Behandlung des Antrages scheitert am Widerspruch der Regierungsparteien.

Es folgt die Fortsetzung der großen politischen Aussprache über die Mißtrauensanträge und die damit verbundenen Vorlagen.

Abg. Stendel (D. Bp.) erklärt, daß seine Freunde für die Mißtrauensanträge stimmen werden, da sie wegen der Personal- und Beamtenpolitik und der schulpolitischen Maßnahmen wieder zum Innenminister noch zum Kultusminister Vertrauen haben.

Abg. Keller (Landvolksp.) Die Regierung verdiene schärfstes Mißtrauen.

Abg. Kiedel (Staasp.) weist die Angriffe der Deutschnationalen auf den ausgeschiedenen Finanzminister Höpfer-Mschoff zurück. Dieser habe nie verlangt, eine Reichsreform durch Notverordnung zu schaffen, sondern habe sich immer vom Staatswohl leiten lassen. Herr Stendel hätte seine Rede vor dem Ausschuß seiner eigenen Partei halten sollen, die der größte Störenfried der deutschen Politik ist. In Preußen gelte noch nicht das Wort: „Wir tänzen „Dingeidenden“ hin und her! (Große Heiterkeit!)

Abg. Leonhardt (Bp.): Mit rauher Hand freße der Fiskus die Substanz der Steuerzahler auf! (Große Heiterkeit im ganzen Hause!) Die Wirtschaftspartei werde für die Mißtrauensvoten stimmen.

Abg. Altsch (Chernat.) bezeichnet die Behauptung des Ministerpräsidenten als unerhört, daß der christlich-nationale Volksdienst Opposition um jeden Preis treibe.

Abg. Leinert (Soz.):

Wir feiern heute das Jubiläum des 25. Mißtrauensvotums gegen die Staatsregierung. In der Behandlung aller dieser Mißtrauensanträge haben sich Rechts- und Linksblockparteien überboten. Dieses Spiel wurde allmählich nicht nur langweilig, sondern auch lächerlich. Manchmal weigerten sich die Antipoden für die Anträge von der anderen Seite zu stimmen, bis sich schließlich ein Konzern der sogenannten großen Opposition bildete.

Die innere Uebereinstimmung zeigte sich am besten beim Volksentscheid.

Darüber hinaus aber ist den extremen Parteien von rechts und links auch die politische Kohäsion des Kampfes gemeinsam. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

In Leipzig sprach bekanntlich Herr Hiller das große Wort vom Köpferollen aus. Weniger bekannt dürfte sein, daß in einer Verammlung der Nationalsozialisten Lehmann den SA-Leuten ankündigte,

daß die Nacht nach der Machtergreifung ihnen gehören werde, da sie die Nacht der langen Messer sein wird.

(Hört! hört! b. d. Soz.) In Hameln wurde von den Nationalsozialisten ein in den gemeinsamen Ausdrücken gehaltenes Flugblatt der Nationalsozialisten zum Volksentscheid verteilt, das die dortigen führenden Sozialdemokraten benannte und dazu aufforderte, diese niederzuschlagen oder an die Laternen zu hängen. (Hört! hört! b. d. Soz.) Wegen dieser Wortschneiderei hat unser Kollege Abg. Müller-Hameln eine Anfrage an das Innenministerium gerichtet und darauf die Antwort bekommen, daß der Polizeibehörde in Hameln ein solches Flugblatt nicht bekannt sei und daß man auch nicht den Verfasser kenne. Der Kollege Müller hat daraufhin einen Waffenschein beantragt und bekommen. Es sind zwei Nationalsozialisten als Verbreiter dieses Flugblattes festgenommen worden, die sich gegenseitig beschuldigten. Der Hersteller wurde ermittelt und festgenommen, aber gegen Kaution wieder freigelassen. Der Minister ist also falsch berichtet worden durch die Polizeibehörde. Vielleicht ist das aus einer politischen Ideenverbindung der Polizei mit den Urhebern der Wortschneiderei heraus gekommen. Jedenfalls verlangen wir eingehende Nachprüfung dieses Falles. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Die Nationalsozialisten haben den politischen Kampf immer in diesem Ton und mit diesen Absichten geführt. Die 1920 von ihnen noch unter Ludendorff bereitgehaltene Proklamation, die Prämien aussetzte dafür, daß die „Landesverräter“ Ebert, Speidemann, Ostap Cohn, Paul Leo, Theodor Wolff, Georg Bernhard lebendig oder tot eingbracht werden, gilt heute noch. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Diese politische Kohäsion ist das verbindende Moment zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Es sind die gleichen Methoden des Kampfes, wenn in Köln in Flugblättern die Kommunisten zur Ermordung der Pestbeule und des kapitalistischen Zuhalters, des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Bauhnacht aufzufordern, oder wenn sie an die Berliner Schupolente Zettel mit der Drohung verteilen, daß für jeden erschossenen Arbeiter 10 Schupolizisten fallen werden.

Erst gestern hat der kommunistische Abg. Grobis unserem Fraktionsredner Haas zugerufen, daß er an den nächsten Baum gehängt werden wird. (Zuruf von den Kommunisten: Wird auch gehängt! Große Unruhe b. d. Soz.) Damit bekennen Sie sich also (zu den Kommunisten) ausdrücklich zu dem Kampfmittel des politischen Mordes!

Die Kommunisten wollen den Faschismus bekämpfen und unterfüttern ihn mit ihrem Kampf gegen Braun und Severing. Die Anhänger der nationalen Front haben in Harzburg gelungen:

Holt die roten Fahnen nieder, wir wollen unser alles Preußen wieder!

Also für dieses alte Preußen der Reaktion stimmten die Kommunisten beim Volksentscheid und lämpfen sie heute noch. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Auch die Volkspartei hat sich in die Front der nationalen Opposition eingereiht. Die Volkspartei hatte früher einmal einen Abg. von Egnern. Vor einiger Zeit leistete sich der „Klabberadatsch“ den Riß, daß die Volkspartei nur aus „Egnern und Nullen“ besteht. Inzwischen ist Herr von Egnern weggegangen. Nun mag sich jeder ausmalen, was die Volkspartei noch übrig behalten hat. (Große Heiterkeit im ganzen Hause. — Protest des Abg. Stendel, D. Bp.) Nach einem Zeitungsbericht aus Hamburg hat eine einzige Rede des Herrn Stendel genügt, die Hälfte seiner Anhänger zu den Nazis zu treiben. (Heiterkeit.)

Die Nationalsozialisten haben in ihrer fernigen Ausdrucksweise die Deutschnationalen und die Volkspartei „den stinkenden Rißhaufen einer verkommenen Klasse“ genannt. Sie bezeichneten Hugenberg als einen „schieligen miesen Zwerg“. Nach dem Sprichwort: Bad schlägt sich, Bad verträgt sich! fanden sich aber in Harzburg alle brüderlich zusammen. (Hört! hört! b. d. Soz.)

Und die Kommunisten, die den Nazis so treue Heferdienste leisteten, bekamen ihren Dank von dem Prinzen Auni, der in einer Verammlung zu Hannover eine Fabel erzählte, nach der ein Schwein dem Löwen erklärte, daß sie als Tiere zusammenhalten müßten! Der Löwe antwortete darauf: Schwein bleibt Schwein! (Großer Lärm bei den Komm. Zuruf: Du alter Saukerl! Ordensgruß.)

Nicht der in Harzburg proklamierte Landeserrat der Inflation, sondern der so viel geschmähte Marxismus wird uns aus der Krise herausführen.

Keine Partei ist so mit Schmutz und Unrat bemorfen worden, wie die Sozialdemokratische Partei. Sie ist die einzige Partei der Bertätigten. Sie vertritt noch genau so den Sozialismus wie früher, und sie wird auch die einzige Partei sein, die die kapitalistische Gesellschaft überwindet. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Abg. Bock (Dnat.) weist den Vorwurf des Landeserrats gegen seine Partei durch den Redner zurück. Das Festhalten an den Tarifverträgen sei ein Unglück. (Hört! hört! b. d. Soz.)

Im übrigen sei die Währung bereits im Verfall.

Das Zentrum habe immer aus der Politik ein Geschäft gemacht. Mit Angst sehe man jetzt, daß die Harzburger Tagung der Ausdruck einer Volksbewegung sei. Diese werde die Interessengemeinschaft des Landtages hinwegzegen.

Abg. Dr. Kusländer (Komm.) kritisiert die Sparmassnahmen und besonders den Lehrerbau.

Abg. Brelle (Dt. Fraktion): Wegen der Notverordnungen würden seine Freunde den Mißtrauensvoten zustimmen.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Freitag 10 Uhr verlagert.

Zur Preussischen Notverordnung.

Abänderungsvorschläge der Regierungsparteien.

Die preussischen Regierungsparteien haben im Landtag zu der Sparnotverordnung der preussischen Regierung folgende Entschlüsse eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen: 1. Die Beförderungssperre wieder zu beseitigen. 2. Bestimmungen zu treffen, durch die besondere Härten beseitigt werden, die Beamte und Angestellte des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände durch die Verordnung vom 12. September 1931 treffen. 3. Die Verordnung vom 12. September 1931 dahin abzuändern, daß die Dienstbezüge der nichtplanmäßigen unmittelbaren Staatsbeamten den entsprechenden Bezügen der Reichsbeamten angeglichen werden. 4. Die im Kapitel V § 2 des zweiten Teiles der Verordnung vom 12. September 1931 enthaltenen Änderungen des Polizeibeamtengesetzes vom 31. Juli 1927 wieder rückgängig zu machen. 5. Auf die Reichsregierung einzuwirken, daß Befoldungsvorchriften in Zukunft gleichmäßig für die Beamten des Reiches, der Länder und der Gemeinden erlassen werden, damit die Gefahr einer immer stärker werdenden Verschiedenheit der Befoldungsverhältnisse von gleich zu bewertenden Beamten der öffentlichen Körperschaften wieder beseitigt wird. 6. Eingriffe in die Selbstverwaltung und die Ausschaltung der Vertreter der Gemeinden und Gemeindeverbände auf die augenblickliche Notzeit und die dringendsten Fälle zu beschränken.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: G. Kinnelbater; Gewerkschaftsbewegung: A. Kleinert; Redaktion: Dr. John Schlösser; Vorkales und Sonstiges: Rein Kersch; Anzeigen: H. Glode; sämtlich in Berlin. Verlag: Bernhardt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bernhardt-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Hierzu 3 Beilagen.

WERTHEIM Billige Lebensmittel

Zusendung von 5 M. an. Obst, Gemüse u. leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt

Obst u. Gemüse

Eß- u. Kochäpfel Pfd. 0.09	0.12	Rot-Welfy-Wirsingkohl Pfd. 0.03	
Goldparmänen . . . Pfd. 0.15		Möhren gewaschen, 3 Pfd. 0.10	
Kochbirnen 3 Pfd. 0.18		Märk. Rübchen . . . 3 Pfd. 0.20	
Eßbirnen Pfd. 0.10	0.20	Sellerie 3 Pfd. 0.25	
Zitronen Dyd. 0.28		Blaßspinal 3 Pfd. 0.28	
Weintrauben 2 Pfd. 0.36		Rosenkohl 2 Pfd. 0.25	
Fr. Ananas gr. Früchte, Pfd. an 0.60		Blumenkohl . . Kopf von an 0.10	

Käse u. Fett

Camembert vollfett, 6 Portionen 8.68, Schachtel 0.28		Holländer u. Edamer vollf. Pfd. 0.78	
Ramadou halbfett . . . Stück 0.22		Schweizer bayr. vollfett Pfund von an 1.30	
Harzorkäse ca. 1-Pfd.-Paket halbf. vollf. 0.35		Margarine 2 Pfund 0.75	
Limburger teil 0.48 Pfd. 0.84		Talg ausgelassen, 1-Pfd.-Pak. 0.35	
Blockkäse (Mister Art), halbf. 0.60		Molkereibutter Pfund 1.38 1.14	
Thäliser vollfett Pfund 0.72		Markenbutter . . . Pfund 1.40	
Belegkäse vollfett . . . Pfund 0.72		Dänische Butir . . . Pfund 1.46	

Frisch. Fleisch

Sonderangebot in prima Ochsenfleisch		Schweinsbauch . . . Pfund 0.72	
Suppenfleisch Pfund 0.62		Bratvorliges Fett . . Pfund 0.76	
Fehrlippe Pfund 0.65		Kalbskamm Pfund 0.62	
Roastbeef mit Knoch. Pfund 0.74		Kalbsbrust-, Rücken u. Blatt 0.70	
Gulasch Pfund 0.78		Kalbskotelet Pfund 0.60	
Roulade Pfund 0.98		Schweineköpfe frische, Pfd. 0.35	
Gehacktes Pfund 0.60		Euler Pfd. 0.34 Herzen Pfd. 0.52	
Roher Talg Pfund 0.30		Käbler mild gesalzen, v. an 0.76	

Ochsenfleisch ohne Knochen 90 Pf.

Hirschfleisch Pfund von an 35, 65, 78, 95 Pf.

Mastgänse Oderbrucher Pfund von an 84 Pf.

Schellfisch Pfund von an 0.16
Roibars o. Kopf 18 Pf.
Seelachs ganze 18 Pf.
Kabeljau Pfd. v.

Geflügel, Wild

Hühner Pfund von an 0.78		Hasen gestreift u. ausgeworfen Pfund von an 0.90	
Enten Pfund von an 0.78		Fasanen Stück von an 2.25	
Gänsestückfleisch Pfd. v. 0.90		Rehblätler Pfund von an 1.18	

Fische

Dorsch Pfund von an 0.12		Fettbücklinge Pfund von an 0.28	
Fischfilet Pfund von an 0.35		Schellfische Pfund von an 0.34	
Grüne Haringe 3 Pfd. v. an 0.46		Seelachs Pfund von an 40 Pf.	
Leb. Spiegelkarpfen Pfd. v. 0.78		Roibars Pfund von an 40 Pf.	
Hechte u. Schleie lebend, Pfd. v. an 0.98		Makrelen Pfund von an 40 Pf.	

Wurstwaren

Speck- u. Süzwurst Pfund 0.85		Leberwurst Pfund 1.15 0.95	
Dampf- u. Fleischwurst 0.88		Braunauer Brühwurst Pfd. 0.98	
Landleberwurst Pfund 1.15 0.95		Jagdwurst Pfund 1.08	
Mettwurst (Braunschw. Art) 1.08		Mettwurst (Braunschw. Art) 1.08	
Feine Leberwurst Pfd. 1.45 1.25		Zervelat u. Salami Pfund 1.35	
Tierwurst feine u. Filetwurst 1.38		Spack von an 0.95 mager v. an 1.15	
Spack von an 0.95 mager v. an 1.15		Schinkenspeck 1-Pfd.-Stück 1.45	

Max Barthel: Für die Katz

Wir sprachen von einem bekannnten Schriftsteller. Rolde blieb plötzlich stehen und sagte: „Ach, hören Sie, bitte, auf mit dem, den kenne ich ganz genau. Wir sind zusammen auf die Schule gegangen. Alles, was der Herr jetzt schreibt, ist für die Katz. Und da muß ich Ihnen schnell eine Geschichte erzählen, die Sie sicherlich nicht in den gesammelten Werken dieses großen Tierfreundes finden werden.“

Der dicke Herr Rolde schnaupte. Er richtete die kindlichen Träumeraugen in eine nur ihm sichtbare Ferne und streichelte mit großer Zärtlichkeit seinen Bart.

„Alles, was er schreibt, ist für die Katz“, murrte Rolde. „Der Herr ist berühmt geworden, aber er hat sich ja noch gar nicht verdamt. Für die Katz ist keine Arbeit und sie scheint mir nur die traurige Fortsetzung eben der Geschichte zu sein, die ich Ihnen erzählen muß.“

Vor fünfundsiebzig Jahren waren wir noch Knaben, kleine, begabte Lämmel, wissen Sie, und in der vierten Klasse war unser Pauer ein Schulmeisterlein, mit blauen, erschrockenen Augen, einer spitzen Nase und einer übergroßen, blauen Stirn. Er hatte auch eine leise, weinliche Stimme und konnte uns wenig imponieren. Und ausgeredet uns sollte er Ehrfurcht vor dem Gelehrten, vor dem Staat beibringen! Na, Sie wissen ja Bescheid, wie auf einen solchen Mann die Kinder reagieren.

Wir mußten auch Bescheid, und mein alter Freund, der Schriftsteller — hören Sie gut zu, vielleicht schreiben Sie mal eine Biographie über den Mann —, der nun berühmte Schriftsteller war sein Lieblingskandidat. Er trug dem Lehrer sonst wohin, wie er dem Leser von heute sonst wohin kriecht und sich einbildet, das sei Psychologie. . . .

Rolde geruhete nun, weiter zu wandeln. Geruhig setzte er Fuß vor Fuß, äugte nach schönen Frauen aus und reichte dabei gelassen Wort an Wort und erzählte weiter.

„Der Herr Pauer brachte fast jeden Tag ein Päckchen mit in die Schule. Er legte es neben die Wandtafel aus das Fensterbrett. Uns interessierte das Päckchen natürlich sehr, wir witterten viele Geheimnisse darin und lösten in Gedanken viele Male die himmelblaue Schnur, die es zusammenhielt. So, wir strengten schon unsere zarten Köpfe an, auch unser Freund, der Schriftsteller, strengte sein zartes Köppchen mächtig an. Und einmal sagte er: „Verzeihen bitte, Herr Lehrer, darf ich Ihnen das kleine Päckchen nach Hause tragen?“

Der Lehrer wurde noch hilfloser. Seine Augen wurden noch erschrockener. Und dann erklärte er leise: „Das ist sehr nett von dir, mein lieber Junge, aber es lohnt sich nicht. Ich habe nämlich diesmal einen Hering darin für meine Katz. Ihr wisst doch.“ wandte er sich an uns, „Ihr wisst doch, daß die Katzen gern Fisch fressen im Gegensatz zu den Hunden, welche dem Fischgenuss abhold sind.“

Na, er sagte „abhold“ und rückte dabei die schwarze, geblühte Kravatte zurecht, die sich unter dem großen Adamsapfel üppig blähte. Dann führte er den Unterricht weiter und sprach von den erhabenen Beispielen der alten Römer und Griechen. Na ja, Sie kennen ja selbst den Rummel, den ewigen Verschleiß bestaubter Ladenhüter aus der Geschichte.

Für die Katz, Herr, ja, zum Teufel, für die Katz brachte das Schulmeisterlein ab und zu einen Hering mit, eingewickelt in braunes Papier, verschmückt mit einem himmelblauen Faden. Die Erklärungen des Herrn Lehrers stellten uns zufrieden, nicht zufrieden aber war der später so berühmt gewordene Schriftsteller. Er versuchte sich mit Psychologie, da wollte er mit dem Katzenbesitzer experimentieren, denn er selbst liebte keine Katzen seit der Zeit, da sich ein wilder Kater empörte, weil ihm der Lämmel eine Büchse an den

Schwanz gebunden hatte. Er liebte keine Katzen, nein, weil ihn der Herr des Katers lebhaft und lehrreich verdrochen hatte.

Eines Tages, „eines wunderschönen, selten klaren Tages“, würde der Herr heute in einem seiner vielen Romane bemerken, brachte der Lämmel Strichgarn mit. Er blieb während der Pause im Zimmer, öffnete das Paket, vergiftete den Hering, verschmückte den himmelblauen Faden und kam mit ehrbarem Gesicht und sauberen Händen zu uns auf den Hof.

Und am nächsten Tage fehlte der Lehrer.

Hören Sie bitte gut zu: die Mutter des Lehrers war am vergangenen Tage plötzlich verstorben. An Strichgarnvergiftung, jawohl, wenn Sie es ganz genau wissen wollen!“

Herr Rolde holte ganz tief Atem und sagte entschlossen: „Der arme Teufel von Schulmeister hatte nämlich gar keine Katze! Er brachte nämlich seiner alten, armen Mutter jeden Tag was mit, mal einen Hering, mal eine Tafel Schokolade, mal eine Wurst, mal einen Handkäse, mal eine Weintraube, mal ein Pfund Kaffee. Und all das verpackte er sauberlich in das braune Papier und verschmückte es mit dem himmelblauen Faden.“

Und dieser verdammte Lämmel, der sich an dem Mann, der ihn wegen der Katze verprügelt hatte, rächen wollte. . . . nein, was sage ich nur, das ist doch ganz falsch: der sich an dem Katzenschleicher rächen wollte, dieser ganz verfluchte Lämmel hat dabei, natürlich ohne eigene Schuld, eine arme, alte Dame vergiftet!“

Rolde blieb noch einmal stehen und sagte höhnisch: „Kein Wunder, daß er Schriftsteller geworden ist! Bei der Begabung! Und was sind denn seine verfluchten Romane anderes als heimtückische Vergiftungsromanen an der armen Menschheit? Es sollte mich wahrhaftig nicht wundern, nein, wenn er als der größte Giftmischer in die Literaturgeschichte eingehen sollte!“

Plötzlich warf der Berichterstatter Rolde die Hände in die Höhe, schleuderte sie drohend einem Auto entgegen, das auf der breiten Straße angebraust kam, und schrie: „Da kommt er ja, da fährt er ja, da verflucht sich der saubere Herr am hellen Tag mit seinem Auto, dieser katzenfreundliche Gauner, dieser Erzbetrüger, dieser Hunderttausendauslagemann, dieser. . . dieser. . . Giftmischer!“

Rolde erregte auf der belebten Straße mit seinem hysterischen Geschrei Aufsehen.

Ein Schutzmann näherte sich neugierig.

Rolde streifte mich plötzlich mit einem sehr kühlen Blick, riß den riesigen Hut vom Löwenhaupt und entfernte sich eilig. Jetzt konnte er sehr schnell laufen! Jetzt flogen seine Füße nur so über die Steine! Und dann winkte er ein Auto heran und fuhr davon.

Da stand ich nun mit meinen Zweifeln und unausgesprochenen Fragen! Was war an der Geschichte Wahrheit und was war in ihr Erfindung? Bei Herrn Rolde mußte man nie, wo die Wahrheit endete und wo die Erfindung begann. Er war nämlich auch ein erfolgreicher Schriftsteller, wenn auch noch kein Hunderttausendauslagemann.

Fünf Tage später hörte ich dieselbe Geschichte vom Hering, vom Strichgarn, dem Lehrer und der vergifteten alten Frau noch einmal. Der berühmte Schriftsteller erzählte sie mir. Aber diesmal waren die Rollen vertauscht: der Herr Rolde war nun der Katzenquäler und Altbarmenmörder.

Ich lächelte, denn mir war plötzlich ganz klar geworden, warum der eine den anderen als Schuft und Schurke hinstellte. Das war, wirtschaftlich gesprochen, der Kampf um die Abgabebiete! Ich war für sie einfach Publikum und Bücherkäufer! Und dabei hatten die werten Freunde ganz übersehen, daß ich ja auch Schriftsteller bin und mich freue, wenn meine Werke und nicht die von Herrn Rolde oder dem berühmten Schriftsteller gekauft werden.

„Mit dem Mädel zusammen dort unten, in des Mädels Hause. Seine Eltern wollten, daß er die heiratete, die er mitnahm.“

„Da werden Sie womöglich gar nicht an seinem Grabe stehen?“

„Ich wäre nicht hingegangen, auch ohne das Mädel. Er soll leben für mich, verstehen Sie! Trotz allem: leben. So wie ich ihn zuletzt sah. Und darum sehe ich immerzu auf die Straße hin-ab. Die liegt ja ganz friedlich. Dort wäre es geschehen? Da müßte doch etwas zu sehen sein, nicht wahr? So einfach ausgeföhrt? Nein. Hier werde ich immer auf ihn warten. Und wenn das Kind geboren ist, dann spielen wir hier zusammen. — Sie werden lachen. Das habe ich mir so ausgedacht. Und nur das wird helfen.“

Eine Turmuhr schlug in der Ferne. Ich mußte zum Zug. Immer wieder wendete ich mich, schon auf die Stadt zukreitend, um. Unter der herbstlichen Bude lag unbeweglich die fanatisch Liebende.

Dr. Eke Möbus: Die Elisabethstadt an der Lahn

Wallfahrten aus der ganzen Welt, heftiger Katholikentag, Eröffnung einer besonderen Elisabeth-Ausstellung, Tagungen kleinerer Organisationen und Vereinigungen: alles das vereinigte das kleine Marburg an der Lahn in diesem Jahr, dem Jubiläumsjahr der heiligen Elisabeth, in seinen Mauern. 700 Jahre sind vergangen, seitdem die 24jährige Landgräfin ihr Leben in Marburg beschloß. Mehr als ein halbes Jahrtausend trennt uns von einer Gestalt, die von Sage und Legende so umrahmt, so tief unspinnen ist, daß sie zu der Märchenfigur wurde, als die sie Marik von Schwind auf der Wartburg gemalt hat. Die Kräfte, die ihr Leben formten, verzicht auf sich selbst, Liebe zu dem Nächsten, die das Christentum vergeblich der Menschheit zu bringen versuchte, sind im Zeitalter eines erbarmungslosen, bis auf die Spitze getriebenen Kapitalismus, der Millionen dem Hunger preisgibt, immer noch für die Gläubigen mit dem geheimnisvollen Heiligenschein des Heberitischen umhüllt. Sie erhoffen und ersehnen Erlösung von seelischer und materieller Not, indem sie zu der heiligen Wallfahrt — eine rührend kindliche Gebärde, über die man lächeln könnte, wenn sie nicht von sozialer Tragik begleitet wäre. Denn keine Heilige des Himmels wird jemals herabsteigen, um den Ungeheilten zu helfen, die heute in Verzweiflung und bitterster Not ihr Leben fristen.

In der schönen Universitätsstadt an der Lahn aber ist alles auf den Märchentag der wundertätigen Frau abgestimmt, die Brot und Wein in düstende Rollen verwanndelte. Ueber ihrer Gruft wölbt sich der wundervolle Dom, die Elisabethkirche, die ihr Schwager Konrad von Thüringen wenige Jahre nach ihrem Tode errichten ließ. In eine unerreichbare Welt der Idee streben die Pfeiler dieses ältesten gotischen Domes. Er ist mehr als ein interessantes deutsches Baudenkmal, das Wahrzeichen Marburgs, er ist ein Denkmal europäischen Geistes, der Ausdruck eines künstlerischen Ergreifens, das weit über die Grenzen eines einzigen Landes hinausging, als es um erstmalig nach Ausdruck und Form suchte. Diese Kunst, die ihre erste Verwirklichung in französischen Kathedralen fand, diente der Kirche, der unentrichtbaren Macht des Mittelalters, aber ihre Schönheit schwang sich weit hinaus über Antrigen und Priestergeiz. Die Materie wurde ihrer Schwerkraft entleert. Der Stein fällt nicht zur Erde zurück — er strebt nach oben. Im Licht getaucht, von Licht umflossen, ragen Bogen, Pfeiler, spitzbogige, in allen Farben leuchtende Glasfenster, Tore und Türme in den Himmel. Was die Kirche der Menschensele niemals geben konnte, weil sie zu tief verfluchten war mit der dämonischen Welt des Hasses und der Vernichtung, das versuchte die Kunst andeutend auszuspochen. Nur so war es möglich, daß in einer Welt, in der die tiefsten Denker, die fortschrittlichsten Geister der Menschheit als Keger verbrannt wurden, die Gotik alle engen Schranken des Erdgebundenen durchbrach.

Durch das kunstvoll geformte, von Blätterwerk umrannte Portal verläßt man die Ruhestätte der Elisabeth und vertraut sich alten, winkligen Gassen und Straßen an, die über Treppen und Larmwege führen und ins Innere des alten Marburg geleiten. Schmale, niedere Fachwerkbauten umgeben das interessante Rathaus, das mit seinen Patrizierhäusern dem Marktplatz sein charakteristisches Gepräge gibt. In mächtigen weißen Sandsteinquadern erhebt sich wenige Schritte weiter der Prachtbau der Universität. Aufwärts steigt der Weg und gibt den Blick frei auf ein Landschaftsbild von entzückender Anmut — Wälder und Höhen, Obstgärten, fruchtbare Täler, durch die sich die Lahn wendet, in der Ferne die dunklen Höhenzüge des Taunus. Wir sind in einem der ältesten, romantischsten Winkel Alt-Marburgs. Eine alte, wurmfressige Holztür im Dachgeschoß eines schieferbedeckten Häuschens öffnet sich, man tappt mit unsicheren Schritten durch einen engen, dunklen Raum und findet sich schließlich beim Herausreten in der tiefer gelegenen Gasse wieder. Hier wurde das Mittelalter in einem Rest städtischer Bauweise bewahrt, der deutlicher als alle Handschriften und Manuskripte einen lebendigen Einblick in Wohnverhältnisse früherer Jahrhunderte, einen klaren Begriff von den unbeschreiblich engen Raumverhältnissen innerhalb der Stadtmauern gibt.

Um so gemaltiger und ausgedehnter wirken die Gebäude auf der Höhe des Berges, die das Marburger Schloß bilden. Hier war das Reich der Nachkommen Elisabeths, der Landgrafen von Hessen. Steil und massiv ragen Mauern und Türme hinaus ins Land, breit und behäbig dehnen sich die Räume. Während die Häuser der Altstadt winzige Puppenstuben enthalten, während die Gassen nicht eng und schmal und unhygienisch genug angelegt werden konnten, wurden hier wahre Prachtbauten gebaut. Nicht weniger als 36 Meter Länge zeigt der berühmte Rittersaal des Schloßes, von dessen Fenstern der Blick weit hinaus schweift über Stadt und Fluß. In weiter Ferne liegt Wittenberg, die Stadt des Reformators, der dem Katholizismus eine tiefe Wunde schlug, und hier in diesen Räumen kämpfte Luther selbst scharf und hartnäckig gegen Zwang, ohne einen verfehlenden Abbruch zu finden.

Religionsstreitigkeiten und politische Kämpfe rangen Jahrhunderte lang um die kleine Universitätsstadt und haben überall ihre Spuren hinterlassen. Im Reich des Märchens und der Legende aber weiß man nichts von harter Wirklichkeit, und so träumt auch heute noch die heilige Quelle Marburgs, der Elisabethbrunnen, weltersen und unberührt, in dichtem, geheimnisvollem Hochwald von dem Wunder, auf das die Menschheit seit Jahrtausenden wartet. . . .

Wie lange hält sich das Schlangengift? Es ist ein Irrtum, wenn man annimmt, daß das Gift einer Schlange mit deren Tode seine Wirkung verloren habe. Der Schlangenzahn ist vielmehr auch nach dem Tode noch genau so gefährlich. Das Gift hält sich noch jahrelang in den Zähnen. Man hat sogar die Freistellung gemacht, daß das Gift, selbst nachdem es mit lauem Wasser erweicht und verhinnt worden war, noch tödlich wirkte. Betrocknet hat man es zehn Monate aufbewahrt, und dennoch hatte es nichts von seiner Kraft verloren.

Alfred Klein: Herbstliches Erlebnis

In Raumburg übersprang ich, von Süden kommend, einen Zug, um mir den hochturmigen Dom anzusehen, dessen Inneres Deutschlands schönste steinerne Antike birgt und in dessen Quadern die jahrhundertlang auf ein Ziel gerichtete Zähigkeit und der Gemach, aber aus den Tiefen der Seele quellende Kunstsinne unserer Vorfahren sich offenbaren. Der hastenden Zeit völlig entrückt, vertiefte ich die mächtige Kathedrale und schritt durch weltabseitige Gassen, die trotz vorüberziehender Autos mit stillen Blumenfenstern auf mich hernieder schauten, zur Stadt hinaus, wo zwischen modernen Villen und Mietshäusern das Land sich zu den kahlen Buchenhängen hebt, die über der majestätischen Pappelsirabe nach dem Klosterreimamen Schulsporia den Wandernden gütig empfangen. Jenseits der Saale aber leuchten südhelle Weinberge und wie eine Arche schwebt der gewaltige Dom, hoch über den bunten Dächern der Stadt.

Hier, mit dem Blick auf eine Mühle inmitten abgemähter Wiesen, ließ ich mich, aus den goldenen Buchenhallen durch ein natürliches Tor tretend, zur Rast am Hange nieder und schaute ins Tal, das so friedvoll fröhlich im weiten Umkreise mit spielerischer Phantasie und Vielfalt Bäume, Häuser, Burgen und Weinreben, Hänge und Ufer um die leuchtende Stadt an der Mündung der Unstrut in die Saale zu einem kaum in der Welt zum zweitenmal wiederkehrenden anmutigen Bild zusammensetzte.

Plötzlich merkte ich, daß noch jemand in meiner Nähe weilte. Etwas zehn Schritte weiter, von einem Brombeerstrauch halb verborgen, unter einer, dem großen Wald entsprungnen, einzelnen Bude, sah ein junges Mädchen. In die Landschaft sinnend. Aber schmerzlich, wie es schien.

Ich wollte schon den Platz verlassen, da mir die Unbefangenheit, mit der Seele und Landschaft sich in solchem Augenblick ineinander verknüpfend betrachtung ganz vermahnen, durch die zerstörte Einkamkeit verloren schienen, doch da blickten mich zwei große graue Augen an. Voll Angst, wie es schien, und Abwehr zugleich.

Ich versuchte zu lächeln.

Ein Juden der Lippen antwortete.

Als ich auf sie zuschritt, sprang sie auf, und ich sah, daß sie ein Kind trug. Doch nach ein paar flüchtenden Schritten kehrte sie um und sah mich trotzig an.

„Was wollen Sie? Mir kann doch keiner helfen“, sagte sie.

„Auch nicht der, der Sie liebt?“

„Nicht liebt keiner.“

Sie sah mein Erstaunen.

„Er ist gestern tödlich verunglückt. Mit seinem Motorrad.“

Ich konnte bei meinem Zustand nicht mit. Aber eine andere hatte

er mitgenommen. Auch sie ist gestorben. Dort unten, auf der Straße nach Schulsporia, ist es geschehen. Und nun sitze ich hier und werde mit dem Leben nicht fertig.“

Ich fand keine Worte des Trostes, konnte auch nicht weiter fragen. Ich setzte mich neben sie und wir starrten beide auf die Pappelallee hinab.

„Nicht wahr“, sagte sie nach einer Weile, „da kann doch keiner helfen? Wenn Sie wüßten, wie falsch-freundlich er mich zum Abschied küßte. Und da, in dem Dorf vor der Stadt, wartete die andere. Auf der Rückfahrt — sie waren bis Saalfeld gefahren — ist es dann geschehen.“

„Ja, das ist wirklich schlimm“, sagte ich. „Nun stehen Sie ganz allein und es ist niemand da, der für Sie sorgt?“

Das Mädchen lachte auf. „O nein. Ich habe für ihn geforgt. Ich bin Stenotypistin und er war arbeitslos. Wir wollten heiraten, ich verdiente genug. Sehen Sie, man hat mir nicht einmal getündigt, als man sah, was mit mir los ist.“

„War er denn Ihre Liebe wert?“

„Ja. Er war ein hübscher, kräftiger Kerl. Ich liebte ihn. Ganz tief. Da ist man rettungslos verloren und tut alles.“

„Lieben Sie ihn noch?“

„Ja.“

Der große Dom, das weite Tal, der hohe Himmel, alles schien mir zu klein für das mächtig sich hingebende Gefühl, das in diesem liebenden Ja eines so sehr gemarterten Mädchenherzens lag. Da sah sie auf dem Hügel und schaute den kreisenden Mühlenflügeln zu. Es war so still zwischen uns und in dem weiten Land, daß wir die Blätter fallen hörten.

Ihre bleichen Hände ruhten im Schoß, ihr schwarzes Haar glänzte neben mir über der klugen, weichen Stirn; aber ich wagte nicht mit vollem Blick in ihr Gesicht zu schauen, das nicht schön war im landschaftlichen Sinn, aber in dem sich mit seinem Glanze die ganze opferfreudige Hingabe spiegelte.

„Er war doch Ihrer Liebe unwürdig?“

„Das habe ich auch zuerst gedacht. Aber dann spürte ich: Ich werde nie einen anderen lieben. Vielleicht zum Mann nehmen. Damit das Kind einen Vater hat. Aber lieben? Das kommt und bleibt und ist nicht auszureißen.“

„Heutzutage vergißt doch die Jugend so leicht“, sagte ich.

„Das ist nur: man hütet sich. Man plant, um keine große Schlacht zu schlagen. Wen es aber poßt . . .“

Sie hatte es gepoßt und ließ sie nicht mehr los.

„Wo ist er jetzt?“ fragte ich.

Sozialpolitik in der Krise.

Sie ist nicht Luxus, sondern soziale Notwendigkeit.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes ist in Genf zu seiner Herbsttagung zusammengetreten. Der bisherige Verlauf brachte bereits bemerkenswerte Beschlüsse und Auseinandersetzungen.

Zwecks Festlegung der endgültigen Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz des Jahres 1933 wurde das Internationale Arbeitsamt aufgefordert, über den Stand folgender Fragen Bericht zu erstatten: Bezahlfreier Urlaub, Arbeitslosenversicherung, Frauen- und Kinderarbeit unter Tag und Nierstichtensystem in der Glasproduktion.

Die Tagesordnung für 1932 steht bereits fest: Weiterberatung der Frage des Mindestalters für die Beschäftigung von Kindern in nichtgewerblichen Berufen, Alters- und Invalidenversicherung und Befähigung der gewerbmäßigen Stellenvermittlung. Beschlüsse wurden ferner die Verlegung der Schiffsverkehrskonferenz über das Jahr 1932 hinaus. Ob es neben der Verwaltungsrats-tagung noch zu einer Besprechung der Regierungsvertreter über die

internationalen Kohlenfragen

kommt, steht im Augenblick noch nicht fest, da die englischen Regierungsvertreter wenig Interesse für eine solche Besprechung bekunden.

Von Unternehmerseite ist im Verwaltungsrat ein Vorstoß gegen die internationale Sozialpolitik unternommen worden. Die Unternehmer verlangen, daß jetzt infolge der Krise die Arbeit auf dem Gebiet der internationalen Sozialpolitik abgestoppt werde. Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, wies das Ansinnen der Unternehmer energisch zurück. Er fragte die Unternehmer, wie sie sich denn eigentlich das Abstoppen vorstellen. Zunächst verpflichtete der Friedensvertrag zur Weiterführung der internationalen Sozialpolitik und dann sei doch gerade jetzt

in der Krise Sozialpolitik notwendig.

Sozialpolitik sei doch nicht eine Art sozialer Luxus, sondern eine soziale Notwendigkeit. Die infolge der Krise entstandenen wirtschaftlichen Veränderungen in den einzelnen Ländern erheischen gebieterisch eine internationale Anpassung und Ausgleichung der Arbeitsbedingungen, um die drohenden Gefahren unerhörter internationaler Schmutzkampfkuren einzudämmen.

Der dem Verwaltungsrat vorgelegte Bericht des Direktors empfiehlt zur

Eindämmung der Arbeitslosigkeit

vor allem zwei Hilfsmassnahmen: öffentliche Arbeiten in internationalem Maßstab und Verkürzung der Arbeitszeit. Die Durchführung der internationalen Arbeitsbeschaffung hat die Bereitstellung eines Kredits von über 5 Milliarden Goldfranken zur Voraussetzung. In der Lösung der Kreditfrage liegt die Entscheidung über die Genfer Arbeitsbeschaffungspläne. Eine Utopie sind diese Pläne keineswegs, wenn man im Finanzauschuss des Völkerbundes mit etwas Energie und gutem Willen an die Bewältigung der Kreditfrage herangeht. Nach wie vor setzt sich Albert Thomas mit aller Kraft dafür ein, daß zur Milderung der zu erwartenden erhöhten Arbeitslosigkeit auch in internationalem Maßstab unbedingt etwas geschieht. Ueber die internationalen Arbeitslosenziffern gibt das Arbeitsamt in einer neuen Aufstellung Aufschluß. Daraus geht hervor, daß sowohl in Europa wie in Uebersee die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr erheblich gestiegen ist und zwar in 14 europäischen Ländern, in den Vereinigten Staaten, Kanada und Neuseeland, gegen 11 Millionen im Vorjahr auf etwa

16 1/2 Millionen Arbeitslose im August 1931.

Deutschland steht in der Arbeitslosigkeit an der Spitze.

Internationale Arbeitszeitverkürzung wollen die Unternehmer höchstens in Form einer Notmaßnahme zugestehen, während die Arbeitergruppe eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung fordert. Sie hat sich die Forderung des IGB, auf internationale Einführung der 40-Stundenwoche zu eigen gemacht.

Trotz aller Schwierigkeiten und Hemmnungen müssen in Genf die Bestrebungen der Arbeiterschaft um internationale Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und um Heilung der durch die Krise verursachten Schäden auf dem Gebiete der internationalen Sozialpolitik mit aller Energie fortgesetzt werden, und daher ist die scharfe Zurückweisung der Unternehmersforderung auf Abstoppen der Sozialpolitik durch Albert Thomas nur zu begrüßen.

Wenn irgendwann, dann ist jetzt internationaler sozialpolitischer Fortschritt notwendig.

In vielen Ländern versucht man durch direkten Lohnabbau oder durch Inflationslöhne wieder besser ins Exportgeschäft zu kommen. Der Endeffekt ist nur eine ungeheure Schlechterstellung der Arbeiter in der ganzen Welt.

Die neuen Lohnsenkungen im deutschen Bergbau sind ein warnendes Beispiel. Auch in Amerika sind trotz aller schönen Erklärungen der Unternehmer die Löhne scharf gedrückt worden. Gegenüber der Verschärfung der internationalen Schmutzkampfkuren muß zur Abwehr geschritten werden, weil sonst die Arbeiterschaft in der ganzen Welt an den Bettelstab gebracht wird. Dazu kommt, daß auch die sozialen Einrichtungen, Sozialversicherung und Arbeiterschutz, Tarifrecht und Schlichtungswesen durch die Krise, wie ja die Vorgänge in Deutschland zur Genüge zeigen, aufs ärgste bedroht sind. Alle sozialen Errungenschaften der Arbeiter sollen, wenn es nach dem Willen des Unternehmertums geht, wieder verschwinden. Die sozialpolitische Einbuße der Arbeiterschaft ist bereits bedenklich groß.

Keine Reichsarbeitslosenfürsorge!

Die beste Fürsorge bleibt Arbeit.

Der Vorschlag der Gewerkschaften, durch Schaffung einer Reichsarbeitslosenfürsorge eine bessere und billigere Betreuung der Arbeitslosen zu schaffen, ist von der Reichsregierung, wie man nunmehr feststellen muß, endgültig beiseite geschoben worden. Man muß das bedauern. Es ist möglich, daß das Ausland, wie die Regierung vorgibt, die Schaffung einer Reichsarbeitslosenfürsorge als eine neue Belastung des Reiches aufgefaßt hätte. Wie dem aber auch sein mag, der Haupteffekt der Ablehnung ist eine neue Belastung der Gemeinden. Womit nichts gebessert ist.

Die Verkürzung der Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung bedeutet eine weitere Verheerung der Unterstützungskosten der Gemeinden; denn sie sind ja zur Krisenunterstützung mit einem Fünftel — das Reich zahlt vier Fünftel — herangezogen. Dazu kommt, daß ein großer Teil der Arbeiter heute gar nicht mehr die Anwartschaft für die Arbeitslosenversicherung erfüllen kann und infolgedessen gleich zur Wohlfahrt abwandert.

Bedauerlich ist auch der in der Krisenfürsorge Stück für Stück vorgenommene Unterstühtungsabbau. Er beträgt insgesamt für die Zeit seit der Schaffung der Arbeitslosenversicherung rund 25 Proz. Kein Wunder, wenn die Krisenfürsorge vielfach unter die Unterstützung der Wohlfahrt gesunken sind. In der Krisenfürsorge ist eine Herabsetzung der Unterstühtungsgruppen, dann eine Senkung der Sätze und neuerdings noch eine indirekte Senkung infolge des Lohnabbaus eingetreten. Die Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge dagegen hat ihre Unterstützungssätze von vornherein nicht vom Lohn, sondern vom Existenzminimum und der Finanzlage der Gemeinden abhängig gemacht.

Schlimm ist schließlich auch die noch immer bestehende große Unvollständigkeit des Unterstützungstrettes der Krisenfürsorge; in Orten unter 10 000 Einwohner liegt die Einbeziehung in der Hand der Präsidenten der Landesarbeitsämter. Damit ist bis zu einem gewissen Grad der Willkür Tür und Tor geöffnet. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion kann bei ihren Anträgen an diesen Mißständen nicht vorübergehen.

Die Reichsregierung darf vor allem nicht vergessen, daß die

beste Fürsorge immer noch Arbeit ist. Wenn von einer „30-stündigen“ Arbeit in irgendeinem nennenswerten Umfange nicht gesprochen werden kann, so muß endlich die Arbeit vernünftig aufgeteilt werden. Wo bleibt die 40-Stunden-Woche?

Erfolgreicher Lohnabbau.

Auch Zeche Vereinigte Welheim wird stillgelegt.

Essen, 15. Oktober.

Die Stilllegung der zum Stinnes-Konzern gehörenden Zeche Vereinigte Welheim in Karnap, die ursprünglich am 15. Oktober erfolgen sollte, wird nunmehr am 31. Oktober vorgenommen werden, nachdem der von der Verwaltung gestellte Antrag auf Abkürzung der Sperrfrist zurückgezogen worden ist. Von der Stilllegung werden jedoch nicht, wie zuerst vorgesehen, sämtliche 1400 Mann der Belegschaft betroffen werden, vielmehr werden voraussichtlich etwa 1100 bis 1200 Bergarbeiter zur Entlassung kommen, da einige Nebenanlagen wie das Kraftwerk usw., in Betrieb bleiben sollen.

Herr Stegerwald wird noch seine blauen Bunder erleben über die Resultate seines Zurückweichens vor den Unternehmern. Mehr als drei Viertel der Bauarbeiter sind bereits arbeitslos, weil die Mittel aus der Hauszinssteuer zur Unterhaltung der Arbeitslosen verwendet werden. Der fortgesetzte Lohnabbau besorgt den Rest. Gegen die soziale Reaktion reden hilft gar nichts, wenn man sie durch Taten fördert.

Ein sonderbarer Beschluß.

U.S.A.-Gewerkschaften gegen Arbeitslosenversicherung.

New York, 15. Oktober. (Eigenbericht.)

Der amerikanische Gewerkschaftskongress lehnte einen Antrag auf Einführung einer bundesamtlichen Arbeitslosenversicherung gegen eine starke Minderheit ab. Der Kongress bezeichnet die Sozialversicherung als für amerikanische Verhältnisse ungeeignet.

Dieser Beschluß wird außerhalb der Vereinigten Staaten von niemandem verstanden werden. Auch wenn man weiß, daß die amerikanischen Gewerkschaften — wie ja schließlich die Gewerkschaften der ganzen Welt — das Hauptgewicht auf die Wiebereinrichtung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess durch Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne zur Stärkung der Abschlagsmöglichkeiten legen, auch dann bleibt uns der Beschluß — amerikanisch.

Allerdings sind viele Führer der Gewerkschaften Anhänger des — reformierten — kapitalistischen Systems und glauben daher, daß dieses auch die Heilung der Krise in sich birgt. Es kommt aber noch folgender Umstand hinzu, der wohl die wesentliche Ursache der ablehnenden Haltung ist: die amerikanischen Gewerkschaften setzen sich in der Hauptsache aus gelehrten Arbeitern zusammen. Die Ungelehrten sind meist unorganisiert. Diese leiden am meisten unter der Arbeitslosigkeit, nicht nur weil sie zuerst abgestoßen werden, sondern weil ihnen ihre erheblich niedrigeren Löhne kaum größere Ersparnisse ermöglichen. Der gelehrte Arbeiter dagegen kann es länger ohne Arbeit aushalten. Er hat auch Kredit. Und er fürchtet, bei einer allgemeinen Arbeitslosigkeit vor allem für die Masse der Ungelehrten zahlen zu müssen. Verständlicher — oder sympathischer — wird der Beschluß deswegen freilich nicht.

Schrittmacher der Sozialreaktion.

RKD-Lohn oder Tariflohn. — Scharfmachermethoden der Vorkriegszeit.

Die Berliner freien Zeitungshändler führen zur Zeit einen verzweifelten Kampf gegen die bürgerlichen Großverlage, die ihnen eine Senkung der Zeitschriftenrabatte von 30 auf 25 Proz. und damit einen Abbau der schon sehr geringen Verdienste um etwa 20 Proz. diktieren wollen.

Diesen Kampf versucht die RKD, zu benutzen, um die Leser der bürgerlichen Zeitungen für ihre Presse zu gewinnen. In einem an die Leser der bürgerlichen Zeitungen gerichteten kommunistischen Flugblatt wird der Eindruck zu erwecken versucht, daß es in den kommunistischen Verlagsunternehmen einen Lohnabbau nicht gebe. Da heißt es z. B., daß auch den Botenfrauen der bürgerlichen Zeitungsvorlage der Austragelohn gekürzt worden sei.

Diese Behauptung ist unnah. Auf Grund des Tarifvertrages zwischen den bürgerlichen Berliner Großverlagen und dem Gesamtverband mußten vielmehr diese Verlage den Austragelohn pro Exemplar und Monat ab 1. April d. J. noch um einen Pfennig erhöhen. Bei der Allgemeinen Zeitungs- und Zeitschriften-Vertriebs G. m. b. H., die den Vertrieb der drei kommunistischen Zeitungen „Berlin am Morgen“, „Welt am Abend“ und „Acht Jahne“ besorgt, ist aber im Herbst vorigen Jahres

der Lohn des Austragepersonals um 33 1/2 Proz. gekürzt worden.

Wenn die bürgerlichen Zeitungsvorlage jetzt den freien Zeitungs-

händlern die Zeitschriftenrabatte kürzen wollen, so ist das leider nur die Folge der Lohnpolitik der kommunistischen Zeitungsunternehmen.

Die RKD ist aber den bürgerlichen Zeitungsvorlegern nicht nur in der Lohnpolitik ein Vorbild, sondern auch in der Behandlung gewerkschaftlich organisierter Arbeiter. Wir berichteten bereits darüber, daß der Vorsitzende der RKD-Lohnkommission Lehmann, von dem man die Unterschrift unter den famosen RKD-Lohn mit dem 33 1/2-proz. Lohnabbau der Austräger erpreßt hatte, gemahregelt worden ist, weil er trotz aller Schikanen Mitglied im Gesamtverband blieb. Wir berichteten weiter, daß dieser RKD-Tarifvertrag vom Arbeits- und Landesarbeitsgericht für rechtswidrig erklärt wurde. Auf Grund dieser arbeitsgerichtlichen Entscheidungen hat eine Anzahl von Austrägern und Austrägerinnen der kommunistischen Zeitungen beim Arbeitsgericht Klage angestrengt auf Zahlung des Differenzbetrages zwischen dem

RKD-Lohn und dem Tariflohn.

Diese Differenz beträgt für jeden Austräger bis jetzt durchschnittlich 150 M. Alle diese Kläger sind von ihrem kommunistischen Unternehmer mit dem Hinauswurf bedroht worden.

Aber damit ist die Gewerkschaftsfeindlichkeit des kommunistischen

Preußische Staats-Lotterie

Ziehung 1. Klasse: 21. u. 22. Oktober

Wesentlich verbesserter Gewinnplan

348 000 Gewinne auf 800 000 Lose

Ausspielung in 5 Klassen insgesamt rund

114 Millionen RM

Achtel-Lose 5 RM

Viertel-Lose 10 RM Ganze Lose 40 RM

Halbe Lose 20 RM Doppel-Lose 50 RM

bei allen Staatl. Lotterie-Einnehmern von Groß-Berlin

Höchstgewinn auf 1 Doppellos (5 9 des Planes) **2 Millionen** RM

Höchstgewinn auf 1 Ganzes Los **1 Million** RM

2 Prämien zu je **500 000** RM

2 Gewinne zu je **500 000** RM

2 Gewinne zu je **300 000** RM

2 Gewinne zu je **200 000** RM

12 Gewinne zu je **100 000** RM

2 Milliarden Exportüberschuß.

Deutsche Außenhandelsbilanz Januar bis September 1931.

Wie haben gestern bereits berichtet, daß im September der Ausfuhrüberschuß Deutschlands mit 387 Millionen Mark einen neuen Rekordstand erreicht hat. Die in Großbritannien und in anderen Ländern eingetretene Entwertung der Währungen durch Loslösung vom Goldstandard hat sich also beim deutschen Außenhandel bisher noch nicht bemerkbar gemacht.

Die Entwicklung des Außenhandels zeigt aber, daß die Weltwirtschaftskrise immer schärfere Formen annimmt. Die Ausfuhrpreise sind gegenüber dem August im Durchschnitt um 5,5 Proz., bei den Rohstoffen allein sogar um 6,2 Proz. gesunken, während bei den Einfuhrpreisen ein weiteres Abbrechen um 3,6 Proz. und bei den Lebensmitteln allein um 5,9 Proz. eingetreten ist. In diesen Preisbewegungen kommt der in allen Ländern sich verstärkende Ausfuhrzwang zur Geltung. Dies zeigt sich besonders deutlich in der Mengenbewegung des Exports. Im Berichtsmonat September ist die Ausfuhr gegenüber dem Vormonat mengenmäßig um 10 Proz. gestiegen, eine Entwicklung, die über den saisonmäßigen Umfang bei weitem hinausgeht. Infolge der eingetretenen Preisrückgänge beträgt die Wertsteigerung des Exports allerdings nur 4 Proz. Auf der Einfuhrseite der Handelsbilanz ist mengenmäßig gleichfalls eine schwache Zunahme, wertmäßig dagegen (infolge der Preisentungen) ein weiterer Rückgang von 454 auf 448 Millionen Mark festzustellen.

Die Handelsbilanz im September schließt mit einem Ausfuhrüberschuß von 363 gegen 322 Millionen im August. Rechnet man die Reparationsanforderungen hinzu, so erhöht sich der Ausfuhrüberschuß auf 387 gegenüber 348 Millionen im Vormonat. In den abgelaufenen neun Monaten dieses Jahres steht einer Gesamt-

einfuhr von 5271,3 Millionen Mark ein Gesamtexport von 7232,7 Millionen Mark gegenüber. Die deutsche Handelsbilanz hat also im laufenden Jahre bisher einen reinen Devisenüberschuß von fast zwei Milliarden Mark ergeben. Die gestern veröffentlichten Maßnahmen der Reichsbank gegen die Saboteure der Devisenablieferung werden mit ihren scharfen Bestimmungen hoffentlich endlich dazu beitragen, wesentliche Teile dieses Devisenüberschusses in den Tresor der Reichsbank fließen zu lassen.

Es ist äußerst bezeichnend für die Stellungnahme der „nationalen Opposition“, daß der begrüßenswerte Entschluß der Reichsbank, die Devisenablieferung durch scharfe Kreditperre zu erzwingen, den heftigsten Protest deutscher nationaler Presseorgane hervorgerufen hat. Diese Wut bestimmter Rechtsblätter zeigt deutlich, welche Kreise in Deutschland die neuen Druckmaßnahmen der Reichsbank zu fürchten haben.

Die Entwicklung der deutschen Einfuhr läßt den fortschreitenden Schrumpfungszustand in der verarbeitenden Industrie Deutschlands deutlich hervortreten. Bei der Rohstoffeinfuhr sind Textilien weiterhin um 11 Millionen gesunken. Eisenerze weisen einen Rückgang um 5 Millionen auf, während Mineralöle ihre Einfuhr um 7 Millionen verringert haben. Andererseits ist die Einfuhr von Lebensmitteln saisonmäßig gestiegen. Erfreulich ist, daß an der Ausfuhrsteigerung im wesentlichen Fertigfabrikate, die den wichtigsten Artikelposten der deutschen Handelsbilanz darstellen, mit 30 Millionen Mark beteiligt sind. In erster Stelle stehen Eisenwaren für 13 Millionen und ferner Textilien mit 11 Millionen Mehrausfuhr gegenüber August.

Alarm in New York.

Die zweite Diskonterhöhung in einer Woche.

Die New-Yorker Notenbank hat ihren Diskontsatz von 2½ auf 3½ Proz. heraufgesetzt, nachdem erst am Freitag vergangener Woche der Diskont von 1½ auf 2½ erhöht war. Innerhalb einer Woche hat also die New-Yorker Bundesreservebank ihren Wechseldiskontsatz mehr als verdoppelt.

Der Beschluß der New-Yorker Notenbank, eine zweite scharfe Diskontvertenerkung vorzunehmen, ist ein Alarmsignal. Die Bank ist zu dieser scharfen Abwehrmaßnahme infolge der anhaltend hohen Goldverluste gezwungen worden. Die erste Diskonterhöhung vor einer Woche hat sich als wirkungslos erwiesen. Hauptächlich ist die Wirkung wohl deswegen verpufft, weil die Bank von Frankreich, die zu den größten Goldabziehern der Bundesreservebank gehört, unmittelbar nach der New-Yorker Diskonterhöhung mit einer Heraushebung ihres Diskonts von 2 auf 2½ Proz. folgte. Amerikanische Finanzkreise haben hierin eine Torpedierung der amerikanischen Notenbankpolitik gesehen. Die Frage ist, was die Bank von Frankreich jetzt unternehmen wird.

Durch die Abrufe der ausländischen Notenbanken haben die Vereinigten Staaten im letzten Monat allein 2,4 Milliarden Gold (in Mark umgerechnet) verloren. In der Zeit vom 1. Januar bis 15. September betrug der Goldzuwachs in den Vereinigten Staaten rund 1,6 Milliarden, womit er, in Goldmark ausgedrückt, einen Gesamtbestand von 21,2 Milliarden erreichte. Der Umfang der Abzüge in den letzten Wochen wird dadurch gekennzeichnet, daß die USA. in kürzester Frist mehr als 10 Proz. ihres Gesamtbestandes an Gold wieder ins Ausland zurückfließen lassen mußten.

Lage des Baumarktes Ende August.

Rückgang der Bauanträge und Baubeginne auf ein Viertel

Nach Feststellungen im 1. Oktober-Zeit von „Wirtschaft und Statistik“ ist die Bautätigkeit im August weiter zurückgegangen.

In den ersten acht Monaten dieses Jahres sind nur 79.600 Wohnungen fertiggestellt worden; gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres, in der 106.600 Wohnungen fertiggestellt wurden, beträgt der Rückgang etwa 25 Prozent. Die Zahl der Bauanträge blieb in der Zeit von Januar bis August um 39 Proz. gegenüber dem Vorjahre, die Zahl der Baubeginne sogar um 49 Proz. zurück.

Daß die Lage des Wohnungs-Baumarktes sich immer katastrophaler gestalten wird, das zeigen die August-Zahlen für die Bauanträge und die Baubeginne. Die Zahl der Bauanträge war im August um nicht weniger als 75 Proz. geringer als im August vorigen Jahres; die Zahl der Baubeginne zeigt einen Rückgang um 74 Proz. Das ist die Folge der Bestimmungen der Reichsbürokratie über die Verwendung der Hauszinssteuer; in der Rotverordnung vom Dezember vorigen Jahres begann man mit der Kürzung der Hauszinssteuerermittel für den Baumarkt, um die Realsteuern senken zu können — nach der letzten Rotverordnung bleibt für den Baumarkt so gut wie nichts mehr übrig.

Auch der Bau von Nichtwohngebäuden (Verwaltungs- und Industriegebäude) hat stark nachgelassen. Von Januar bis August wurden 3500 Gebäude mit 7,16 Millionen Kubikmeter Rauminhalt hergestellt; dem Rauminhalt nach ist ein Rückgang um 44 Proz. gegenüber dem Vorjahr festzustellen.

50 Jahre Statistisches Jahrbuch.

Mit dem sechsten herausgegebenen Jahrgang 1931 erscheint das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich zum fünfzehnten Male (Verlag Reimar Hobbing, Berlin).

Dieses für jeden Wirtschaftler und Praktiker schiedsthin un-

Sächsischer Autotruff.

Nimmt die Autoindustrie endlich Vernunft an?

Seit Jahren befindet sich die deutsche Autoindustrie in einer verzweifeltsten Lage. Obwohl fast alle Werke in einem technisch hervorragenden Zustand sind, obwohl die deutschen Fabrikate so ziemlich in jeder Hinsicht der ausländischen Konkurrenz gewachsen sind, kommt die Industrie auf keinen grünen Zweig. Daran ist nicht in erster Linie die Absatzkrise, der Rückgang der Kaufkraft schuld, das ist in der Hauptsache eine Folge der Produktion in einer viel zu großen Anzahl von selbständigen Unternehmen. Diese sind alle auf Serienfabrikation eingestellt, sie haben zukommen eine Produktionsfähigkeit, die die unter besten Verhältnissen mögliche Nachfrage weit übertrifft. Daran hat auch die jahrelange Krise bisher nichts geändert; die Tradition stand den Autoindustriellen höher als wirtschaftliche Vernunft; das Projekt „des“ deutschen Autotruffs ist längst begraben.

Jetzt kommt aus Sachsen die Nachricht, daß man dort wenigstens einen Schritt auf dem Wege der so dringend notwendigen Konzentration der deutschen Autoindustrie tun will. Aber auch hier sind es nicht die Unternehmer, die führen, auch hier kommt man nur unter mehr oder minder sanftem Druck des Staates vorwärts.

Es handelt sich um die vier Firmen Horch, DAW, Audi und Wanderer. Die drei ersten werden von der Sächsischen Staatsbank, also vom sächsischen Staat kontrolliert; die Wanderer-Werke, Schönau bei Chemnitz, sollen mit der Dresdner Bank in Geschäftverbindung stehen. Die Horch-Werke A.G., Zwickau, produzieren große Personen- und Luxusautos; Acht- und Zwölfzylinderwagen. Das Unternehmen mußte vor einem Jahre das Kapital im Verhältnis 10:1 von 5 auf 0,5 Millionen Mark zusammenlegen. Die neuen Aktien im Betrage von 3 Millionen Mark übernahm die Sächsische Staatsbank. Die Zschopauer Motorenwerke J. S. Rasmussen A.G., Zschopau (DAW) produzieren Motorräder und Kleinautos (Zwei- und Vier-

zylinderwagen). Das Kapital wurde im Jahre 1929 von einer auf 10 Millionen Mark erhöht, wovon den größten Teil ebenfalls die Sächsische Staatsbank übernahm. DAW besitzt auch die Aktienmehrheit der Audi-Werke A.G., Zwickau, die Bier-, Sechszylinderwagen bauen. Das Kapital beträgt 2,6 Millionen Mark.

Die Wanderer-Werke (Kapital 15,73 Millionen Mark) stehen nicht unter dem Einfluß der Sächsischen Staatsbank; sie produzieren Bier- und Sechszylinderwagen. Wenn sie sich dem Truff, der aus den Staatsbank-Unternehmen gebildet werden soll, anschließen, dann deshalb, weil ihre Autoproduktion trotz einiger Erfolge in der letzten Zeit doch mit Verlust arbeitet. Den Ausgleich brachten die Uberschüsse aus dem Bau von Fahrrädern, Schreib- und Rechenmaschinen und aus der Fabrikation von Werkzeugmaschinen. Uebrigens fabrizieren auch DAW, neben Autos und Motorrädern noch Motoren und Kühlschränke.

Wie der neue Truff aussehen wird, ist noch nicht bekannt. Es ist aber anzunehmen, daß nur die Autofabrikation dieser vier Firmen vereinigt wird. Damit wäre wenigstens für einen Teil der deutschen Automobilindustrie — an deutschen Gesamtabsatz waren diese Unternehmen mit zusammen 10½ Prozent beteiligt — die notwendige Konzentration erreicht, die die Voraussetzung für eine „wirtschaftliche“ Rationalisierung bildet. Wann folgen die nächsten Schritte?

Englands Schiffbau stark gesunken. Der Schiffbau geht infolge der Weltwirtschaftskrise und der „Uebersetzung“ aller Handelsflotten immer mehr zurück. Am stärksten betroffen ist England. Die Ende September im Bau befindliche Lonnage ist die kleinste seit 1887; es waren nur noch 0,42 Millionen Tonnen im Bau, das sind 62,5 Proz. weniger als Ende September 1930. Dagegen beläuft sich der Rückgang bei den sechs anderen führenden Ländern des Schiffbaus (Vereinigte Staaten, Frankreich, Italien, Schweden, Deutschland mit 113.500 Tonnen, Holland) nur auf insgesamt 17,5 Proz. England ist zur Zeit nur noch mit 43 Proz. am Schiffbau der Welt beteiligt, während es vor dem Kriege 73 Proz. der Welttonnage herstellte.

Leiser

besser in der Qualität,
billiger im Preis

7⁹⁰



Kauft deutsche

Wertarbeit!

Schwarz-weiß, die grosse Mode. Lack mit Kappengarnitur, Haifisch gemustert, schlanker Louis XV.-Absatz

entbehrliche Handbuch vermittelt über jedes Gebiet des wirtschaftlichen, politischen und finanziellen Lebens Deutschlands ein umfassendes Zahlenmaterial, das durch internationale Uebersichten vorteilhaft ergänzt wird. Die äußere Form der Uebersichten ist, abgesehen von kleinen Verbesserungen, unverändert. Der Inhalt ist nicht unwesentlich erweitert worden; es werden weitere Ergebnisse der Produktionsstatistik, der Erhebungen über die tatsächlichen Arbeitsverdienste und über Tariflöhne, über Umsätze im Groß- und Einzelhandel und aus der Finanzstatistik mitgeteilt. So sind vor allem die Schulden der öffentlichen Unternehmungen und Zweckverbände und die volkswirtschaftlichen Bilanzen (Volkseinkommen, Zahlungsbilanz) neu aufgenommen. Bei allen Angaben werden Vergleichsziffern für frühere Jahre mitgeteilt; überall wurden die neuesten Ergebnisse (vielfach bis Juni 1931) zugrunde gelegt.

Der internationale Teil ist durch Uebersichten über das internationale Finanz- und Schuldenwesen und durch Ergänzung der Angaben über die Produktion des Auslandes erweitert worden.

Internationale Trustgewinne.

Trotz der Krise haben im allgemeinen die großen internationalen Finanzierungsgesellschaften für Elektrizitätsunternehmen gute Gewinne erzielt; erstens, weil ihre Einnahmen sich hauptsächlich aus Betätigungsverträgen aus dem vergangenen Jahr zusammensetzen; zweitens, weil überhaupt die Elektrizitätswerte viel weniger als andere Wirtschaftszweige von der allgemeinen Absatzkrise betroffen sind. Das Musterbeispiel hierfür war der glänzende Abschluß der belgischen Sofina, über den wir schon berichteten.

Auch die Züricher Elektrobank (Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich) konnte ihren Reingewinn von 9,84 auf 9,93 Mill. Schweizer Franken erhöhen. Allerdings werden diesmal

nur 10 Proz. Dividende verteilt gegenüber 12 im vergangenen Jahr, weil die Verwaltung des Konzerns es für richtig hält, im Hinblick auf die internationale Unsicherheit Reserven zu bilden.

Die belgische Sidra, eine Dachgesellschaft, die der Sofina nahesteht und die besonders an mexikanischen und anderen lateinamerikanischen Elektrizitätsunternehmen beteiligt ist, teilt mit, daß sich ihre Einnahme von 87,6 auf 63,3 Mill. belgische Franken vermindert hat; demzufolge ist der Reingewinn von 83,5 auf 60,2 Mill. Franken zurückgegangen. Der weitaus größte Teil des Reingewinns wird nicht für Dividendenausüttung verwendet, sondern ebenfalls zur Stärkung der Reserven.

Die ebenfalls belgische Hydrofina erzielte einen Reingewinn von 26,7 gegenüber 27,6 Mill. belgische Franken im vergangenen Jahr. Der Reingewinn, der diesmal mit 11,9 Mill. Franken ausgemessen wird, dient ausschließlich Abschreibungszwecken. In der Hydrofina, die hauptsächlich in der rumänischen Energiewirtschaft tätig ist, ist außer französischen und belgischen Großbanken der schweizerische Elektrokonzern Brown, Boveri u. C. interessiert.

Eisen- und Stahlgewinnung weiter gesunken.

Die deutsche Produktion von Roheisen und Rohstahl ist im September weiter gesunken. Die deutschen Hochofenwerke stellten im September 438 000 Tonnen Roheisen her gegenüber 499 000 Tonnen im August. Die arbeitstäglige Leistung war im September mit 14 605 Tonnen um 9 Prozent niedriger als im Vormonat (16 000 Tonnen). Im September des vorigen Jahres wurden 653 000 (arbeitstäglich 21 762) Tonnen Roheisen produziert. Die arbeitstäglige Produktion vom September dieses Jahres macht etwa 38 Prozent der höchsten arbeitstägligen Gewinnung der Nachkriegszeit, die im Juli 1929 zu verzeichnen war, aus.

Die deutschen Stahlwerke stellten im September 1931 593 000 Tonnen Rohstahl (im August 690 000 Tonnen) her. Die

durchschnittliche arbeitstäglige Gewinnung war mit 22 220 Tonnen um 14 Prozent niedriger als im August (26 535 Tonnen). Im September vorigen Jahres wurden 814 000 Tonnen Rohstahl (arbeitstäglich 31 303) erzeugt. Die arbeitstäglige Produktion vom September dieses Jahres macht etwa 40 Prozent der höchsten arbeitstägligen Erzeugung der Nachkriegszeit aus.

Versorgungsbetriebe gehören in die öffentliche Hand! Die Brandenburgische Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke A.-G., Berlin, betreiben eine ganze Anzahl von Versorgungsbetrieben in kleinen Städten in ganz Deutschland. Im Geschäftsjahr 1930/31 hat das Unternehmen von der Krise nichts gemerkt, da es sich bei ihren Abnehmern von Gas, Wasser und Elektrizität um Haushaltungen handelt, die ihre Abnahme kaum einschränken können. Wenn in diesem Jahre nur 6,5 (im Vorjahr 8,5) Prozent Dividende verteilt wird, dann nicht etwa aus Gewinnrückgang, sondern weil sich das Kapital infolge der Aufnahme der A.-G. Körtings Elektrizitätswerke von 4,2 auf 6,5 Millionen Mark erhöhte. Die absoluten Gewinnziffern sind gestiegen; außerdem hat man nicht weniger als 0,4 Millionen Mark barres in Reserve gestellt — man hätte also gut die doppelte Dividende zahlen können! Wären diese Betriebe in öffentlicher Hand, dann hätten die Abnehmer entweder niedrigere Tarife oder niedrigere Kommunalsteuern zu bezahlen! Kein Wunder, daß das Privatkapital nach so sicher rentierenden Betrieben die Hand austreckt.

Die Generalversammlung der Ufa. Auf der Generalversammlung der Universum Film A.-G. (Ufa) wurde die Verteilung der von der Verwaltung vorgeschlagenen Dividende in Höhe von 6 Proz. beschlossen. Dies ist die erste Dividende, die von der Gesellschaft seit der Sanierung im Jahre 1927 ausgeschüttet wird. Nach den Erklärungen des Vorstandes hat sich auch im neuen Geschäftsjahr 1931/32 (1. Juni bis 31. Mai) die Geschäftslage im Hinblick auf die allgemeine Situation günstig entwickelt, so daß die Verwaltung mit einem zufriedenstellenden Ergebnis rechnet.

Wieder

Tietz

Leistungen

von denen Berlin sprechen wird!

Verkauf soweit Vorrat! Mengenanbebe vorbehalten!

Ueberschuhe für Damen

Stoff-Ueberschuhe mit Gummibesatz.

3⁹⁰

5⁵⁰

Glanzgummi-Ueberschuhe mit Samtkragen

1³⁵

Warme Hausschuhe 1⁷⁵

Kamelhaarart, mit Filz- und Ledersohle.

DAS WARENHAUS BERLINS IN ALLEN STADTTTEILEN!

HERMANN TIETZ

Verlagsunternehmens noch nicht erschöpft. Es wird auch „rationalisiert“. Infolge des chronischen Abonnentenschwundes, besonders bei der „Roten Fahne“, ist das kommunistische Verlagsunternehmen in der letzten Zeit dazu übergegangen, die Touren der Austräger noch mehr zusammenzulegen, um dadurch Austrägerpersonal einsparen und entlassen zu können. Entlassen werden alle, die heute noch dem Gesamtsverband angehören, darunter Austräger, die schon jahrelang freigewerkschaftlich organisiert sind. Um in der jetzigen Zeit die Arbeit nicht zu verlieren, leugnen natürlich viele Austräger ihre Zugehörigkeit zur freien Gewerkschaft.

Die SPD. greift also die Methoden wieder auf, die in den Betrieben der Scharfmacher in der Vorkriegszeit angewendet wurden und die sich die Scharfmacherischen Unternehmer allmählich haben abgewöhnen müssen.

Diese Maßnahmen werden aber die Verhandlungen gewiss nicht erleichtern, die in den nächsten Monaten mit den bürgerlichen Zeitungsverlagen wegen der Neuregelung der Botenlöhne zu führen sind. Nicht mit Unrecht können die Vertreter der bürgerlichen Zeitungsverlage behaupten, daß sie auf Grund ihrer wirtschaftlichen und politischen Einstellung mindestens zu den gleichen Abbaumassnahmen berechtigt sind, wie die kommunistischen „Arbeiter“unternehmen. Wie so oft ist auch im Berliner Zeitungsgerwebe die SPD. wieder der Scharfmacher der Sozialreaktion.

Der Konflikt in den Speichereibetrieben. Ein Vergleichsvorschlag.

Im Manteltarifstreit mit dem Arbeitgeberverband der Berliner Häfen- und Speichereibetriebe ist jetzt vom Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses Gewerberat Körner ein Vergleichsvorschlag gemacht worden, über den die Parteien nochmals verhandeln.

Der Vergleichsvorschlag ist ein Kompromiß — in vielen Punkten für die Speicherearbeiter kein günstiges — zwischen den Abbauforderungen des Arbeitgeberverbandes und dem bisherigen Manteltarifvertrag. An Abänderungen des alten Manteltarifes sieht der Vergleichsvorschlag folgendes vor: Die Ueberstundenzuschläge sollen gesenkt werden. Auch der Zuschlag für die Nachschicht soll von 30 auf 10 Proz. reduziert werden. Weitere Verschlechterungen sollen auch in den Tarifbestimmungen über den § 616 BGB. (Krankentlohn) und in der Urlaubsgewährung eintreten. Bisher wurde den Häfen- und Speicherearbeitern bei Krankheit ein Zuschuß zum Krankengeld gezahlt und zwar in der Höhe, daß Krankengeld und Zuschuß zusammen den Bruttolohn ausmachten. Dieser Zuschuß soll jetzt nur noch so hoch bemessen sein, daß nur 60 Proz. des Bruttolohnes als Krankengeld erreicht werde. Weiter soll für die volle Zahlung des Krankengeldzuschusses eine Karenzzeit von drei Tagen eingeführt werden. Die Bezugsdauer des Krankentlohnens soll in den einzelnen Staffeln um 20 bis 50 Proz. gekürzt werden. Der Urlaub soll je nach Beschäftigungsdauer um einen Tag bis drei Tage gekürzt und nicht mehr während der Sommermonate, sondern in der betriebsstillen Zeit, also im Winter, gegeben werden. Sollte in den Verhandlungen keine Verständigung über diesen Vorschlag erzielt werden, will der Schlichtungsausschuß in den nächsten Tagen einen Schiedsspruch fällen.

Zugkraft der RGD. schwächer. Betriebsratswahl bei Jofetti.

In der Berliner Zigarettenfabrik Jofetti fand am 12. und 13. Oktober die Wahl zum Betriebsrat statt. Die Angestellten beteiligten sich nicht. Die freigewerkschaftliche Liste erhielt mit 507 Stimmen 6 Siege, die Liste der RGD. mit 455 Stimmen 5 Siege. Im Bar-Lohn war das Verhältnis 452 für die freigewerkschaftliche Liste und 480 für die RGD.

Der Wohlkampf war hart. Es gibt wohl keine Industrie, in der in den letzten Monaten die Handarbeit in solchem Umfange durch Maschinenarbeit ersetzt wurde, wie in der Zigarettenindustrie. Nicht nur, daß schon vorhandene Maschinen durch technische Verbesserungen und erhöhte Tourenzahl eine gewaltige Leistungssteigerung aufweisen, geht man immer mehr dazu über, die jetzt noch bestehende Handarbeit in der Wärferei, Packerei und Einschlagerei durch Maschinenarbeit zu ersetzen und schaltet alle bodenständige Arbeiterinnen vollständig aus dem Produktionsprozeß aus.

Der Deutsche Tabakarbeiter-Verband, der diese Entwicklung aufmerksam beobachtet, hat die Notwendigkeit einer Arbeitszeitverkürzung für die Zigarettenindustrie schon vor Jahren erkannt und auch bei allen Tarifverhandlungen die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit in den Vordergrund gerückt. In diesem Jahre gelang es, durch den Zusatzvertrag vom 29. Januar für die gesamte Deutsche Zigarettenindustrie die Fünftagewoche (42½ Stunden) einzuführen, und zwar mit gleichzeitiger Erhöhung der Löhne.

Die RGD. bezeichnet selbstverständlich diese Erzeugung als „Berrat“ und war auch in ihren Wahlflugblättern durchaus nicht bescheiden in ihren Forderungen nach Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich. Auch der Entzug der Tabaksteuerunter-

stützung durch die Rotverordnung vom 5. Juni wurde auf das Schutzkonto der freien Gewerkschaften gesetzt.

Wenn unter diesen Umständen bei der jetzigen Wahl eine wenn auch geringe Stimmzunahme für die freigewerkschaftliche Liste zu verzeichnen ist, so beweist dies, daß die Belegschaft von Jofetti jetzt doch etwas kritischer eingestellt ist und läßt auch für die Zukunft hoffen, daß den Worten der RGD. nicht mehr in dem Umfange Glauben geschenkt wird, wie es bisher leider bei Jofetti der Fall war.

Ein wilder Streit. Auf deutschen Schiffen in Sowjethäfen.

Ämtlich wird gemeldet: In einigen Sowjethäfen, insbesondere in Leningrad, ist auf deutschen Handelsschiffen ein wilder, d. h. gewerkschaftlich nicht anerkannter Streit ausgebrochen. Die überwiegende Zahl der Schiffsmannschaften ist arbeitswillig, wird aber durch unmittelbare Gewalt einer terroristischen Streikleitung an der Ausübung ihres Dienstes verhindert.

Die deutschen Konsularbehörden in den Hafenstädten haben entsprechend ihren Obliegenheiten sofort eingegriffen und sich mit den Lokalbehörden in Verbindung gesetzt, um die Schwierigkeiten zu beheben. Da ihre Bemühungen erfolglos blieben, hat das Auswärtige Amt durch die Botschaft in Moskau die Sowjetregierung selbst mit der Angelegenheit befaßt und sie gemäß dem Konsularvertrag vom 12. Oktober 1925 um ihr Einschreiten ersucht.

Die heimischen Reedereien sind über die Entwicklung der Lage von Anfang an fortlaufend unterrichtet worden. Auf Grund dieser Besprechungen haben die Reederei sich entschlossen, einen Schlepper nach Leningrad zu entsenden, um die dort liegenden deutschen Schiffe aus dem Hafen herauszubringen. Die Sowjetregierung ist hieron auf diplomatischem Wege verständigt worden, mit dem Ersuchen, dem Schlepper Schutz zu gewähren.

Inzwischen hat sich im Hafen von Leningrad, wo zur Zeit mehr als 40 deutsche Dampfer festliegen, die Lage durch Sabotage verschärft. Infolgedessen besteht augenblicklich keine Bewegungsmöglichkeit der deutschen Schiffe. Die Reichsregierung hat die Botschaft in Moskau beauftragt, ihre nachdrücklichen Vorstellungen bei der Sowjetregierung fortzusetzen.

Um die Löhne der Bergarbeiter. Siegen, 15. Oktober. (Eigenbericht.)

Am 16. Oktober sollen im Bohnstreit der Siegerländer Bergarbeiter neue Verhandlungen mit den Unternehmern stattfinden. Am Donnerstag haben die Unternehmer sämtlichen 4000 Bergarbeitern gekündigt, um so freie Hand in den Tarifverhandlungen zu haben.

Im benachbarten Dillgebiet ist eine Einigung über eine 5prozentige Lohnkürzung zustande gekommen.

Kursusbeginn der Berliner Gewerkschaftsschule.

Am Freitag, dem 16. Oktober, beginnen folgende Kurse: Gew. 9. Betriebswirtschaft für Fortgeschrittene. Lehrer: Paul Rothe. Unterrichtsraum der Berliner Gewerkschaftsschule, Engelstr. 21-23, II. Hof, 1. Etz. rechts. — Ba. 10. Arbeitsrecht für Anfänger. Lehrer: Kriminalrat Joachim. Velhins-Platz. — Mariannenplatz 17-19. Hörsaal für jeden Kursus für zehn Abende. 2. Jugendliche und Lehrlinge 1. R. Arbeitslose sind vom Beitrag befreit.

SPD-Fraktion der erwerbslosen Buchdrucker. Deuts. Freitag, 19 Uhr, wichtige Besprechung bei Rothemann, Kommandanten. Edele Schulstr. 1. Betriebsratbildung mitbringen.

Betriebsratbildung der SPD-Arbeiter, Angehörigen und Beamten der Stadt Berlin (Zentrale Verwaltung). Deuts. Freitag, 19½ Uhr, im Bürgeraal des Rathauses, Eingang Köpenicker Str. (Köpenicker Str. 10. Arbeiteramt für Anfänger. Lehrer: Kriminalrat Joachim. Velhins-Platz. — Mariannenplatz 17-19. Hörsaal für jeden Kursus für zehn Abende. 2. Jugendliche und Lehrlinge 1. R. Arbeitslose sind vom Beitrag befreit.

SPD-Fraktion beim Hüttenwerk Odeha. Deuts. Freitag, 20 Uhr, 2. Hof, Substitut. Substitut. 9. Fraktionsversammlung. Vortrag des Genossen Schwandke. Partei- und Gewerkschaftsarbeit mitbringen.

Mittlere Berufsschule. Fraktionsversammlung aller SPD-Genossen mit Gästen am Sonnabend, dem 17. Oktober, 20 Uhr, bei Scholz, Adolphstr. 12. Thema: Die Sozialdemokratie im Kampf gegen die Reaktion. Referent: Karl Dreßel.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deuts. 19½ Uhr, tagen die Gruppen: Adlershof: Gruppenheim Adlershof, Bismarckstr. 1. Guldheit bringt mal was Neues. — Rosinberg: Jugendheim Schule Sonnenburger Str. 30. RoUnion und Wirtschaftskreis. — Weindendel-Str. Jugendheim Lindauer Straße (Baroden). Distriktsabend. — Süden: Jugendheim Pfefferstraße. 9. Friedel hall auf Belle „Sachsen“. — Charlottenburg: Jugendheim Sprestr. 30. Literarischer Abend. — Juppelplatz: Jugendheim Lärmer Ede Geströße. Gewerkschaften und die Rotverordnungen. — Hermannplatz: Jugendheim Ganderstr. 11. Ede Geströße. — Die französische Fremdenlegion. — Neuhörn: Jugendheim Beroltr. 29. Die Wähler stellen den Abend aus. — Jugendvereine der Volkshäuser am Sonntag, dem 1. November. Zur Aufführung gelangt: „Kampf um Risch“. Karten zum Preis von 50 Pf. sind in der Jugendzentrale erhältlich.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Deuts. Freitag, finden folgende Veranstaltungen statt: Südwest: Jugendheim Nordstr. 11 (2. Hof, Querschule, 1. Kasse, Zimmer 2). Arbeitsgemeinschaft: „Einführung in die sozialistische Gedankenwelt“. Leiter: Döring. — Heute legt die Berliner Studier- und Besatzungsgesellschaft in d. S. von 20 bis 22 Uhr im Jugendheim Chertstr. 12. — Unsere Photo-Arbeitsgemeinschaft kommt heute um 20 Uhr im Verbandshaus zusammen.

**Berlin
gib acht!**

67

Abteilungen bringen
sensationelle Angebote
Hier ein Beispiel:

PLUSCHTEPPICHE 36⁰⁰
für Wohnzimmer besonders geeignet.
Gr. 350x250 M. 59.00 Gr. 265x195 M.

DEUTSCH. PERSERTEPPICHE 39⁰⁰
mit eingeknüpfter Franse. Größe
ca. 335x220 cm

TOURNAYTEPPICHE 59⁰⁰
haltbare Qualität, schöne Muster, Größe
ca. 290x190 beginnend mit

Verkauf im II. Stock. Ab Freitag früh
9Uhr. Mengenabgabe vorbehalten.
Kein Verkauf an Wiederverkäufer.

KARSTADT

U-Bahnhof Hermannplatz
der Karstadt-Bahnhof

neu ist die 33 1/3 Prozent bessere Mischung
echt orientalisches Tabake

neu ist das stärkere und längere Format
der Haus Bergmann „66“

neu ist die orange und gelbe Packung
der Haus Bergmann „66“

neu ist die „Mundstücklose“ Haus Bergmann „66“

66 3 1/3

Gelbe Packung: Rund-Dick-Ohne Mundstück
Orange Packung: Mit Goldmundstück

